

Wagnispreis:

Bis den Monat Juli 1923 M. monatlich. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Ost- und Westpreußen sowie Ostpreußen und Litauen 20 000 M., für das übrige Ausland 40 000 M. ...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Anzeigenpreis: Die einseitige Raumzeitung kostet 12 000 M. ...

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher: Redaktion: Dönhoff 292-295 Verlag: Dönhoff 2506-2507

Mittwoch, den 25. Juli 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Postkontonr.: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Dillkows-Gesellschaft, Postkontonr. Lindenstraße 3

Neue Verhaftungen im Fall Ehrhardt.

Der Fluchtplan und weitere Dokumente gefunden.

Am Montagvormittag wurde in Gernrode am Herz an Veranlassung des Oberreichsanwalts der dort wohnende Freiherr v. d. Busche und seine Gattin unter dem Verdacht der Beteiligung an dem Fluchtunternehmen Ehrhardts durch Berliner Kriminalpolizei verhaftet.

In der Wohnung des Ehepaars fand man im Bett versteckt zahlreiche Akten- und Schriftstücke, die sich auf Ehrhardt bezogen, u. a. einen genauen Fluchtplan, die Namen weiterer Helfershelfer usw. V. d. Busche und seine Frau wurden nach Leipzig transportiert.

In Berlin ist inzwischen gestern im Zusammenhang mit der Flucht Ehrhardts eine neue Verhaftung erfolgt. Weitere Fahndungen sind im Gange.

Im einzelnen wird uns zu der Verhaftung in Gernrode gemeldet: Am Montagmorgen erschien bei der Polizeiverwaltung Gernrode ein Berliner Kriminalbeamter und forderte polizeiliche Unterstützung zur Vornahme einer Hausdurchsuchung bei dem in Gernrode, Herzogin-Marien-Straße in der Villa des Rentiers Deidemann wohnenden Freiherrn v. d. Busche. ...

Anzahl von Aktenstücken und Papieren, die sich bei flüchtiger Durchsicht sämtlich als im Zusammenhang mit dem Fall Ehrhardt stehend erwiesen. Als der Beamte daraufhin zur Festnahme des Freiherrn schreiten wollte, leistete ihm dieser Widerstand und es kam zu heftigen Szenen, in deren Verlauf die Frau dem Beamten eines der beschlagnahmten Schriftstücke aus der Hand riß, es blühschnell zusammenknüllte und, ehe der überraschte Beamte es hindern konnte, es hinunterschluckte. ...

Die beschlagnahmten Papiere sollen u. a. einen bis in die kleinsten Einzelheiten gehenden Plan der Flucht Ehrhardts aus dem Leipziger Untersuchungsgefängnis, ferner ein sich ebenfalls nur mit Ehrhardt befassendes Tagebuch des Freiherrn sowie Listen von Helfershelfern Ehrhardts enthalten.

Auf die telefonische Mitteilung von der erfolgten Verhaftung wurde der Freiherr und seine Gattin am Montagabend mittels Kraftwagen unter Polizeibedeckung zunächst nach Uckerleben und von dort weiter nach Leipzig transportiert.

Freiherr v. d. Busche, der ebenso wie seine Gattin in mittleren Jahren steht, war früher Farmer in Südafrika und wohnte seit etwa Jahresfrist in Gernrode, wo er eine Villa gemietet hatte. Seine Frau soll eine Engländerin, und zwar eine geborene Carpenter sein.

Geldentwertung und Partei.

Eine dringende Frage.

Von Wilhelm Dittmann.

Wie auf das allgemeine Wirtschaftsleben, so wirkt die enorme Geldentwertung auch auf die Organisationen der Arbeiter lähmend und hemmend ein. Die Gewerkschaften haben verhältnismäßig früh mit Gegenmaßnahmen gegen diese Wirkungen eingeleitet. Schon seit Monaten erheben sie einen Stundenlohn ihres Gewerbes als Wochenbeitrag. ...

In unseren Parteiorganisationen liegen die Dinge viel ungünstiger. Die Erhöhung der Beiträge ist in den letzten Monaten der rapiden Geldentwertung immer weiterem Abstände nachgehinkt. Der Parteivorstand sah sich genötigt, für den Monat Juli die Einziehung doppelter Beiträge anzuordnen, um einigermaßen wenigstens das schreiende Mißverhältnis zwischen Parteieinnahmen und notwendigen Parteiausgaben auszugleichen. ...

Auch dabei werden die Bezirke nicht stehen bleiben können, wenn die Geldentwertung derart weiter fortschreitet, als es in den letzten Tagen geschehen ist. Sie werden nicht nur dazu kommen müssen, den Monatsbeitrag nach Wochen umzurechnen, sondern auch zur wöchentlichen Festlegung des Beitrages für die nächstfolgende Woche und zur wöchentlichen Einziehung der Beiträge. ...

Sollen die Parteigeber vor der Geldentwertung geschützt werden, so ist allerdings noch etwas anderes erforderlich: unsere Parteiorganisationen müssen sich in ihrer Finanzgebarung viel beweglicher und elastischer gestalten, als es in den früheren währungsstabilen Verhältnissen notwendig war. Man vergegenwärtige sich doch einmal, wie lange es dauert, ehe heute ein gezahlter Beitrag in die Parteikasse gelangt und zur Deckung der Parteiausgaben mitverwendet werden kann. ...

Dabei sind die Ausgaben für die Agitation für die mündliche sowohl wie ganz besonders für die schriftliche, in noch höherem Grade gestiegen wie die Kosten der allgemeinen Lebenshaltung. Was heute ein auswärtiger Redner für Ueberrachten und Verpflegung in Hotels oder sonstigen Unterkunftsstätten zahlen muß, was Saalmiet, Plakate, Inserate und Laufzettel kosten, davon haben die wenigsten unserer Genossen eine rechte Vorstellung. ...

Die Partei muß in den Stand gesetzt werden, wieder die schriftliche und mündliche Agitation in erhöhtem Umfange betreiben zu können. Darauf müssen unsere inneren Parteieinrichtungen umgestellt werden, denn sie sind ja, wie die ganze Organisation, nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck. ...

Die Goldanleihe kommt.

Nur für die Besitzenden?

Die Besprechungen, die zwischen Vertretern des Finanzministeriums, der Reichsbank und der Großbanken über die Begebung einer Goldanleihe des Reiches fortgesetzt wurden, haben, wie gemeldet wird, in allen wesentlichen Punkten zu einer Einigung geführt. Es steht nur noch die Zustimmung der zuständigen Regierungsstellen aus, die spätestens morgen erfolgen dürfte. Die Auflage der Goldanleihe wird dann sehr rasch in die Wege geleitet werden. ...

Auch hier hat es wieder den Anschein, als ob man die Goldanleihe nur für einen kleinen Kreis von Besitzenden schaffen will. Dafür spricht zunächst die Antündigung, daß der Betrag der Anleihe viel geringer sein wird, als der der Dollaranleihe. Dann aber sind die Stücke nach dem bis jetzt gefassten Beschlüssen viel zu groß. ...

Vierfache Steuerabzüge.

Anpassung der Lohnsteuer an die Geldentwertung.

Der Steuerauschuß des Reichstages nahm am 24. Juli eine Anpassung der Sätze der Biersteuer und der Ermäßigungsätze bei der Lohnsteuer an die Geldentwertung vor. Die Sätze der Biersteuer wurden gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Vertreter verabschiedet. ...

In der Begründung wies Genosse Herz auf das rapide Tempo der Geldentwertung und Preissteigerung und der dadurch hervorgerufenen Steigerung der Löhne hin, die in den nächsten Wochen zu erwarten sind. Den sachlichen Darlegungen des sozialdemokratischen Vertreters konnten sich die bürgerlichen Fraktionen nicht verschließen. ...

Er verlangte, daß rasch Schritte getan würden, um den Ruhrkampf nicht mehr mit der Notpresse, sondern aus Steuermitteln zu finanzieren. Er forderte von der Reichsregierung die Vorlage von Steuergesetzen zu diesem Zwecke, und regte eine baldige Einberufung des Reichstages zur Erledigung dieser Vorlagen an.

Auf seine Anfrage, was die Reichsregierung zu tun gedenke, gab Staatssekretär Dr. Japp die Erklärung ab, daß noch in dieser Woche eine Reihe von Vorlagen an das Kabinett gelangen würden. Der Zweck dieser Vorlagen sei, sehr bald große Steuermittel zum Fließen zu bringen, damit die Finanzierung der Ruhraktion durch die Notpresse eingedämmt werden könne. ...

Der sozialdemokratische Antrag über die Verroterung der Sätze wurde daraufhin einstimmig angenommen.

Die zulässigen Abzüge betragen demnach vom 1. August ab für das Existenzminimum für Mann und Frau monatlich je 24 000 M., wöchentlich 5760 M., täglich 960 M., stündlich 240 M.; für jedes Kind monatlich 160 000 M., wöchentlich 38 400 M., täglich 6400 M., stündlich 1600 M.; für die Werbungskosten monatlich 200 000 M., wöchentlich 48 000 M., täglich 8000 M., stündlich 2000 M.

Vom 1. August ab wird die steuerfreie Einkommenssumme im Monat nach dem Muster der folgenden Beispiele berechnet:

Table with 3 columns: Example description, Monthly amount, Weekly amount. Includes examples for a couple with no children, a couple with two children, and a couple with four children.

Das separatistische Bayern.

München, 24. Juli. (M.B.) Im Bayerischen Landtag hat die Fraktion der Bayerischen Volkspartei einen Antrag eingebracht, der die Regierung ersucht, mit der Reichsregierung in Verhandlungen zu treten, um eine Neugestaltung der Rechtsverhältnisse der bayerischen Bahnen zu vereinbaren. ...

zuföhren als in Großstädten; aber auch hier muß es geschehen und zwar ohne Verzug! Das sicherste Mittel ist und bleibt dafür die bezirkweise oder — wo angängig — die betriebsweise Kaffierung der Beiträge gegen geringe prozentuale Entschädigung. Wo die Kaffierung nicht so schnell einzurichten ist, schaffe man vorerst schleunigst Kassenstellen in Wohnungen oder Geschäftsräumen — aber möglichst nicht in Wirtschaften —, in denen die Mitglieder zu bestimmten Stunden — und zwar ohne überlange Wege, Fahrkosten usw. — ihre Beiträge selber entrichten können. Die einzukassierten Beiträge dürfen an keiner Stelle längere liegen bleiben. Wo man früher monatlich oder wöchentlich abrechnete, muß man jetzt akontowise schon nach Tagen mindestens das Geld abführen, wenn die Abrechnung selber auch für längere Zeiträume weiter erfolgt. So kommt neben den Ortsklassen auch die Klasse der Unterbezirke und der Bezirke und schließlich auch die Zentralkasse der Partei beschleunigt zu den Geldmitteln, die sie für die Parteitagitation brauchen, ehe das Geld bereits wieder zum größten Teil entwertet ist.

Die hier aufgeworfene Frage ist geradezu eine Lebensfrage für die Partei — für jede Partei übrigens! Mit Recht fordern unsere Parteigenossen von unseren Organisationsleitungen erhöhte Aktivität. Ohne materielle Grundlagen ist aber keine politische Aktion möglich. Wer diese wünscht, muß auch ihre Vorbedingung wollen. Deshalb wende ich mich mit den vorstehenden Darlegungen vor allem gerade an die politisch Aktiven unter unseren Genossen. Sie müssen die Frage in den Organisationen sofort in Angriff nehmen, damit die Partei vor den verheerenden Wirkungen der Geldentwertung geschützt wird und weiter imstande bleibt, ihre geschichtliche Mission für den Sozialismus zu erfüllen.

Völkischer Wahnsinn.

Ergeß gegen französische Pazifisten.

Aus Göttingen wird uns berichtet:

Zwei Pariser Theologie-Studenten, die dem Christlichen Versöhnungsbunde angehören, weilten, mit dem amtlichen deutschen Botschaftssekretär, vergangene Woche in Marburger theologischen Kreisen. Die französischen Gäste sind ausgesprochene Gegner der zurzeit geübten französischen Gewaltpolitik. Sie wollten Fühlungnahme mit den ihren Gedankengängen nahestehenden deutschen Kreisen gewinnen und so eine Lösung der Spannung durch eine wahrhafte Verständigung zwischen den beiden Ländern anbahnen. In Marburg konnten sie ungestört für ihre Idee wirken.

Auders in Göttingen, ihrem nächsten Reiseziel. Dort fanden sie Aufnahme bei dem Privatdozenten der Theologie Piper, in dessen Wohnung auch Besprechungen mit geladenen Theologen stattfanden. Aber auch unter diesen jüngeren Christen befand sich ein Judas, der Verrat und Verleumdung beging. Denn tags darauf prangten an den verschiedensten Stellen der Mufensstadt handgeschriebene Plakate mit der Ueberschrift: „Franzosen in Göttingen!“. In diesen Anschlägen, die von Lügen und Verdrehungen kräftig, wurde die Studentenschaft aufgefordert, das Verhalten der deutschen Theologen nicht zu dulden, sondern die Franzosen aus der Wohnung des Privatdozenten zu holen. Tatsächlich zog ein Haufe Studenten, Mitglieder des Jungdeutschen Ordens, des Hochschulringes deutscher Art und der Göttinger Gesellschaft adliger Studenten, etwa 100 Mann stark, vor die Wohnung Pipers, aus der sie die Franzosen gewaltsam herausholten. Polizei ließ sich nicht sehen. Die Röhlinge zwangen die Franzosen, entblößten Hauptes, ihr Gepäck tragend, zu Fuß zum Bahnhof zu gehen. Inmitten einer schreienden Menge. Auf dem Bahnhof zwang man die beiden Theologen, Fahrkarten 2. Klasse zu lösen. Dafür sollten sie im Gepäckwagen Platz nehmen. Das verhängnisvolle Eisenbahnen. Ein Teil des akademischen Mobs fuhr indes mit bis nach Cassel; erst dort griff Schutzpolizei ein und machte dem Skandal ein Ende. In

Göttingen sprach demnächst eine Abordnung bei dem Privatdozenten der Theologie vor, um ihm die „letzte Warnung“ auszusprechen. Zudem erschien tags darauf in dem nationalistischen „Göttinger Tageblatt“ ein blutrünstiger Aufruf zur Selbsthilfe der Studentenschaft gegen den „Landesverräter“ Piper.

Das Unglaubliche aber ist, daß sich dieser büßliche Ergeß einer hirnverbrannten Studentenschaft gleichzeitig zu einem Staatsanwalt auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 3. Mai die Verhaftung des Privatdozenten verfügt wegen „Behinderung von Spionen“, obgleich eine einwandfreie Schilderung des Marburger Professors Dr. Rade über den Zweck der Reise der französischen Theologen vorliegt und die internationalen Friedensfreunde im Besitz aller ordnungsmäßigen Papiere für eine Durchreise durch Deutschland nach Dänemark waren.

Die Geschichte mutet wie ein Stück aus dem Tollhaus an und ist geeignet, im Auslande das unliebsamste Aufsehen zu erregen. Wir nehmen als selbstverständlich an, daß gegen die Personen, die sich an dem unfröhlichen Kesseltreiben beteiligt haben, auf das Schärfste vorgegangen wird. Ein Staatsanwalt, der mit der Verordnung des Reichspräsidenten einen derartigen Unfug treibt wie Professor Zünemann, ist ebenso falsch an seinem Platz, wie ein Leiter des Ordnungsdienstes, der den Ausschreitungen einer wildgewordenen Studentenschaft gegenüber versagt.

Winkelzüge.

Unsere Anfragen an den Reichsjustizminister wegen seines Eingreifens in das Verfahren gegen Ehrhardt sind bisher noch unbeantwortet geblieben. Wohl aber teilen einige Blätter geheimnisvoll mit, das Reichsjustizministerium habe die Absicht, ausführlich zu antworten. Wir halten das auch für dringend nötig.

Inzwischen fühlt sich die „Zeit“ verpflichtet, den Bormund Dr. Heinze zu spielen. Sie setzt — wie wir versichern können: ganz irrtümlich — voraus, daß unsere Zuschrift „von besonderer Seite“ von der sächsischen Regierung stamme und polemisiert nun gegen diese, weil sie in der Bewachung Ehrhardts ihre Pflicht verlehrt habe. Der Reichsjustizminister habe ihr „die Bewachung Ehrhardts anvertraut“, er „mußte der festen Ueberzeugung sein, daß er sich in diesem Punkt auf die sächsische Regierung verlassen könne, denn wenn Ehrhardt in sächsischer Haft nicht sicher war, so gab es überhaupt keine Lären und Schloffer mehr, die vor diesem Häfling dichtstehen.“

Diese harmlos scheinenden Epitheta sind hoffentlich in der Redaktion des völksparteilichen Blattes selbst ausgedacht worden. Denn daß sie ihr vom Reichsjustizministerium suggeriert worden seien, können wir schon deshalb nicht annehmen, weil eine solche Annahme eine respektlosig tiefe Einschätzung des Intellekts dieser Behörde darstellen würde. Es ist selbstverständlich, daß Ehrhardt nach Sachsen gebracht wurde, weil Leipzig als Sitz des Staatsgerichtshofs nun einmal in Sachsen liegt. Um der schönen Augen der sächsischen Regierung willen kann doch selbst Dr. Heinze keinen Untersuchungsgefangenen nach Leipzig transportieren lassen, wenn er nach Königsberg geht.

Aber ganz abgesehen davon, steht gar nicht zur Debatte, ob einzelne Gefängnisbeamte schlüssig oder böswillig gehandelt haben. Wenn man das beweisen kann, wird man diese kleinen Schächer schon rechtzeitig an dem betreffenden Paragraphen baumeln lassen. Viel wichtiger ist die Frage, ob nicht durch die behauptete und bisher in keiner Weise bestrittene — sagen wir: Toleranz, die dem Untersuchungsgefangenen Ehrhardt von dem Vorstehenden des Staatsgerichtshofs zuteil wurde, das Bewußtsein der Pflicht zur strengen Bewachung gerade bei untergeordneten Beamten erschüttert oder eingeschläfert worden ist. Wenn die „Zeit“ behauptet, die sächsische Regierung habe allein über die Maßnahmen zur Bewachung des Untersuchungsgefangenen zu entscheiden und niemand hätte ihr irgendwelche Vorschriften zu machen gehabt, so zeugt das von einem so tiefgründigen Mangel an Kenntnis der strafprozessualen Vorschriften, daß wir diese ganze Behauptung nur als einen der Winkelzüge bezeichnen können, die bestimmt sind, die Aufmerksamkeit von der Hauptsache abzulenken.

Oehme und Fürst Wilhelm von Hohenzollern.

Zweiterlei Maß?

Korrespondenz B.S. meldet: Der seit Monaten erwartete Prozeß gegen den Journalisten Walter Oehme, der beschuldigt ist, Landesverrat dadurch verübt zu haben, daß er Nachrichten, die das Interesse des Reiches schädigten, an ausländische oder deutsche Zeitungen weitergegeben habe, ist nun abermals sehr erheblich verzögert worden. Oehme ist bekanntlich am 13. März dieses Jahres verhaftet worden. Obwohl seit Monaten neues Belastungsmaterial nicht mehr beigebracht werden konnte, wurde erst einen Tag vor Ablauf der gesetzlichen Frist die Eröffnung des Verfahrens, nämlich am 18. Juni, beantragt. Jetzt hat nun der zuständige Senatspräsident den Beginn des Prozesses auf den 1. Oktober festgesetzt. Gegen diese Verzögerung des Verfahrens hat der Verteidiger Oehmes, Reichstagsabgeordneter Paul Leo, energische Beschwerde eingelegt. Oehme selbst hat dem Reichsanwalt mitgeteilt, daß er in den Hungerstreik eintreten werde, falls bis zum 31. Juli der Prozeß nicht eröffnet werden sollte.

Die Hinausschiebung des Prozesses ist einigermassen bezeichnend, wenn man damit die Entscheidung des Reichsgerichts in ähnlichen Fällen vergleicht. Reichstagsabgeordneter Dr. Leo hatte nämlich gegen den in Sigmaringen wohnenden Fürsten Wilhelm von Hohenzollern-Sigmaringen Strafantrag gestellt, da dieser einer fremden Macht Nachrichten übermittelt habe, die das Interesse des Deutschen Reiches zu schädigen geeignet seien. In einem Brief an seinen Bruder, dem König von Rumänien, schreibt der Fürst nämlich am 23. Mai d. J., daß Minister Sennering eifrig am Werke sei, die Regierung Cuno zu stürzen, daß Bayern bei einem neuen Kanzlerwechsel nicht mehr mittun werde und daß die süddeutsche Reichswehr, die durch und durch nationalsozialistisch eingestellt sei, bei einem abermaligen Regierungswechsel der neuen Regierung den Gehorsam aussagen werde. In der Strafanzeige betonte Dr. Leo, daß Fürst Wilhelm mit diesen Behauptungen weit über das Maß dessen hinausgegangen sei, was man Oehme zur Last lege. Auf diese Strafanzeige hat der Abgeordnete jetzt ein Schreiben der Reichsanwaltschaft erhalten, in dem erklärt wird, daß eine Strafverfolgung des Fürsten Wilhelm nicht angängig sei, da die von ihm behaupteten Tatsachen schon vorher die Presse beschäftigt hätten, also allgemein bekannt gewesen wären.

Die Not der Zeitungen.

Die „Bereinigung großstädtischer Zeitungsverleger“ erzählt folgende Rundgebung an das Publikum:

„Die Leuerung schreitet unaufhaltsam fort, sie folgt dem Verkauf der Mark in immer schnellerem Tempo. Alle Rohstoffe, alle Fertigfabrikate, alle Böhne und Behälter müssen dem Zwange unentrinnbarer, wirtschaftlicher Gesetze folgen. In dem Bewußtsein, den Interessen der Gesamtheit unseres deutschen Volkes zu dienen, sind die Zeitungen bisher der allgemeinen Preisentwicklung nur in weitem Abstand gefolgt und mit ihren Preisen erheblich hinter der notwendigen Steigerung zurückgeblieben. Sie hofften auf eine günstigere Entwicklung der Dinge. Diese Hoffnung hat getrogen und die Verlage sehen sich jetzt genötigt, angesichts der rapid steigenden Papierpreise, der unablässig aufwärts gehenden Kosten für Nachrichtenendienst und Redaktion, sowie der gewaltigen Mehraufwendungen für Böhne, Behälter und Vertrieb, die Bezugspreise ihrer Blätter der Geldentwertung mehr als bisher anzupassen. Schmerz ringen heute alle Zeitungen ohne Ausnahme um ihre Existenz, aber niemals war ihre Erhaltung aus politischen und wirtschaftlichen Gründen notwendiger, als gerade jetzt. Wir zweifeln nicht, daß jeder Leser das einseht, und daß er es verstehen wird, wenn jetzt die Verlage vom Bezahler fordern, was sie haben müssen, wenn die Zeitungen nicht verflümmern oder ihre Unabhängigkeit gefährden wollen.“

Die Pressebetätigung in Italien hat Auseinandersetzungen in der italienischen Pressevereinigung heraufbeschworen, in Folge deren Barzilai den Vorsitz niedergelegt hat.

Musikalische Hundstage.

Von Dr. Kurt Singer.

Die Ferien der Kunst sind da. Alles sticht auseinander und grüßt die Sonne. Friede überall? Nein, Waffenstillstand. Dämm und Fehde greifen die Nerven an, die ja gerade Erholung suchen. Die Stummheit der Bureaus ist fast unheimlich. Gar kein Dementi mehr, das mehr Unwahres berichtet, als berichtet. Alles wiegt sich in Ruhe und Sicherheit. Von Intendantenweisheit spürst du keinen Hauch. Warte nur, bald schliffst du auch.

Aber vielleicht arbeiten sie hinter den Kulissen der Welt trampelnd. Wir kriegen dann das fait accompli vorgelegt, wie einen unabwendbaren Pflanzeluch. Wird er durchgedacht sein? —

In Charlottenburg sollte vor einigen Monaten ein Komplexer ganze Arbeit tun. Da er von der Oper nicht viel mehr stehen lassen wollte, als den Grundbau, da viel Mörstel, Zement und Stuck abfallen sollten, so sicherte sich die Verwaltung schnell eine große Menge Blei. Der neue Generalmusikdirektor wird dort langsame, aber nicht weniger energische Remedur schaffen. Wir vertrauen ihm ganz. Die Strohwitwenchaft dieser Charlottenburger Oper ist vorbei. Und nur ein Rappelkopf wird künftig sagen dürfen, daß aus Blei kein Gold gewonnen werden kann. —

Und derselbe Komplexer wollte auch die Staatsoper demonstrieren. Sie sollte nur noch einen Kopf, gar keine Glieder mehr haben. Oder vielmehr: vor dem einen General sollten alle Rekruten stramm stehen. Wer sich rührte, wurde erschossen. Otto der Große verzichtete auf die Zugkraft aller anderen um ihn her. Er stabilisierte die Befugnisse des Publikums, er stabilisierte die Rechte der Beamten und Musiker, er stabilisierte sich, die Kunst, die Regierung, die Mark, den Dollar und den Schilling. Nur Luppe sind befehlend. —

Wer aber wird den hochbegabten, hochragenden Mann aus Köln ersetzen? Das eben ist eine Sache der Bureaus geworden. Wie dem auch sei: der kommende Musikchef wird gegen manche Schamperei aufmucken, wird ein unabhängiger, unversellter Kunst-Walter sein müssen. —

Herr Brücke hat sich in Amerika zum Generalmusikdirektor machen lassen. Warum nicht? Mittel schaffen Titel. Und wie heißt es doch in Deutschlands hehrem Kunstwörterbuch? „Das haben die Mädchen so gerne...“

Der Groll um Kroll ist begraben. Die Staatsoper zieht ein in das neue Haus, und die Konsuln mögen sehen, daß die Kunst keinen Schaden leidet. Bei doppelter Belastung darf nicht halbe Arbeit geleistet werden. Das Programm, das die Intendant für die Mitglieder der Volksbühne bekanntgibt, ist vielseitig und erprobt. Nur ein Werk vermischen wir, das in einer Stadt wie Berlin unbedingt auf dem Spielplan sein muß: Boris Godounow von Mussorgski. Wer bringt es heraus? Da müßt ihr lange fragen. (Da müßt ihr lange fragen.)

Das Schicksal der Großen Volksoper? Es liegt auch uns am Herzen, die wir ziemlich einsam waren, als es galt, einen Vertrag als Vertrag gelten zu lassen. Schließlich sind selbst Ufa-Balast oder Großes Schauspielhaus noch besser, als gar kein Dach über dem Kopf. Wir wünschen dem strebsamen Institut ein sicheres Heim. Das Ministerium hilft. Mit Gastspielereien ist den drei Dollarmillionen nicht gedient. Stars zerrütten das Ensemble. Den Opernverwaltern gebe man Urlaub unter der Bedingung, einen bestimmten Prozentsatz der Einnahmen in Dollars dem Heim-Institut zukommen zu lassen. Mit diesem Fonds kann dann selbst ein armes Staatsinstitut Staat machen, etwa durch Engagement eines Schalljapin (in der Rolle des Boris Godounow).

Auch in den Hundstagen liest sich die dem Landtag vorgelegte Schrift des preussischen Ministers für Volksbildung gut. Wenn auch nur ein Teil davon in Erfüllung geht, d. h. in Praxis umgesetzt wird, so kommen wir — in 2 bis 3 Jahrzehnten — zu einer wahren, inneren Musikultur des Volkes.

Neuer Ansturm auf den Südpol. Es scheint, daß in den nächsten Jahren eine Südpolpedition allergrößten Stils vom Stapel gelassen werden soll. Jetzt schweben darüber Verhandlungen zwischen den Regierungen von Südafrika, Australien, Argentinien, den Vereinigten Staaten und Großbritannien. Da die Vorbereitungen in London stattfinden, nimmt man an, daß England den Löwenanteil an dem Unternehmen leisten soll. Nach der Menge und der Lage der beteiligten Nationen möchte man schließen, daß ein gleichzeitiger Vorstoß in den Südpolkontinent von verschiedenen Seiten aus erfolgen soll.

Der Malaria-Entweder. In England gedenkt man demnächst die fünfundsiebenzigjährige Biederkehr der Entdeckung des Sir Ronald Ross zu feiern. Ross war Major in der englischen Kolonialarmee und beschäftigte sich in den Tropen mit Malaria-Studien. Es gelang ihm nachzuweisen, daß die Trypanosomen, welche die Malaria-Parasiten bilden, einen Wirtswechsel durchmachen, und daß es die Anopheles-Mücken sind, welche die Parasiten von Mensch zu Mensch übertragen. Diese Feststellung, die später von Gelehrten, z. B. von Koch, bestätigt wurde, erwies sich als ungemein segensreich und fruchtbar. Gerade jetzt wird aus Amerika gemeldet, daß die Malaria aus vielen Gegenden, wo sie früher grassierte, vollkommen verschwunden ist, insofern der Maßnahmen, die auf den Forschungen des Sir Ronald Ross beruhen.

Eine chinesische Bücherverbrennung von 2000 Jahren. Die chinesische Geschichte sieht eine Kulturtragödie, die etwa dem Brande der alexandrinischen Bibliothek im Altertum zu vergleichen ist, in der sogenannten „Bücherverbrennung“, die im Jahre 213 v. Chr. im Beginn der Tschin-Dynastie stattfand. Der Untergang sämtlicher chinesischer Literaturdenkmäler des Altertums wurde davon hergeleitet. Arthur Rosthorn, der soeben als 10. Band der Hartmannschen Weltgeschichte bei Fr. A. Perthes in Stuttgart-Botha eine vortreffliche „Geschichte Chinas“ erscheinen läßt, führt diese übertriebenen Angaben auf ein richtiges Maß zurück und läßt uns die „Bücherverbrennung“, wie so manches

andere Ereignis aus der Geschichte des himmlischen Reiches in neuem Lichte erscheinen.

Die Tschin-Dynastie bedeutet einen Wendepunkt in der Geschichte Chinas, indem sie einen neutralisierten Beamtenstaat (schau und rücksichtslos mit der Vergangenheit brach. Aus diesem Grunde erschien es auch dem Reformminister Schi-huang-ti notwendig, die alten Schriften und Lehren zu unterdrücken. Er errichtete das Kollegium der Akademiker, die einzige Hochschule des Reiches, wo die vornehme Jugend in das Studium der Geschichte und Philosophie eingeführt wurde. Aber die alten Ideen wollte er austrotten. Deshalb erklärte bei einem Banquet, das der Kaiser gab, der Kriegsminister Li Si, daß im Altertum das Reich zerstückelt gewesen sei und erst jetzt vereint. Dies sei ein Verdienst, das die hornierten Literaten nicht zu würdigen müßten. Die Gelehrten beschäftigten sich mit dem Altertum, um die bestehenden Einrichtungen zu kritisieren und die Menge irrezuführen. Sie müßten aber die Gegenwart zur Richtschnur nehmen und sich mit ihr beschäftigen, anstatt immer nach rückwärts zu schauen. Deshalb beantragte Li Si, daß alle Aufzeichnungen der Chronikisten mit Ausnahme der Annalen von Tschin verbrannt werden sollten; Dichtungen, geschichtliche Dokumente und philosophische Werke, die in Verwahrung der Akademie befindlichen ausgenommen, sollten an die Behörden zur Vernichtung abgeliefert werden. Die Erklärung von Urkunden und Liedern, die Kritik der neuen Ordnung und die Berufung auf das Altertum sollte mit dem Tode bestraft werden. Wer nicht innerhalb 30 Tagen die in seinem Besitz befindlichen Schriften abliefere, sollte zur Strafarbeit an der großen Mauer verurteilt werden, die damals von vielen Hunderttausenden von Zuchtskältern und Armen erbaut wurde. Werke über Landwirtschaft, Heilkunde und Wahrsagung sollten von dem Verbot ausgenommen sein. Der Antrag wurde zum Befehl erhoben und hatte die berüchtigte „Bücherverbrennung“ zur Folge.

Die Annahme, daß durch dieses Autodafé der Untergang der alten chinesischen Literatur herbeigeführt worden sei, ist zum mindesten stark übertrieben. Wenn man von den Urkunden der Fürstentümer abseht, also von den Chroniken und politischen Urkunden der Staaten abseht, gab es so gut wie keine geschriebene Literatur. Die schriftlichen Aufzeichnungen wurden in Holztafeln und Bambusstäben eingezeichnet, später mit Lackfarbe aufgetragen. Wenn man bedenkt, welchen Umfang die uns noch erhaltenen Werke des Altertums in diesem Material gehabt haben müssen, so ist es klar, daß der Privatbesitz an geschriebenen Texten verschwindend klein war. Die Texte mit der Lehre des Konfuzius, gegen die sich das Befehl vornehmlich richtete, sind uns fast vollständig erhalten, ebenso die meisten Werke der Philosophen; dagegen ist von den Werken, die von der Vernichtung ausdrücklich ausgenommen waren, kein einziges überliefert. Die Uebersetzung erfolgte damals noch vorwiegend mündlich, und für die Frage, ob ein Text der Nachwelt erhalten blieb, war es entscheidend, ob eine Schule vorhanden war, die ihn von Generation zu Generation weitervererbte. Die Chinesen legten auch stets den größten Wert darauf, ob ein Text durch direkte und unterbrochene Uebersetzung erhalten sei, und stellten dafür förmliche Stammbäume auf. Die „Bücherverbrennung“ hat daher nicht die schlimmen Folgen gehabt, die man mit ihr beabsichtigte.

Sechs Monate für Prinzessin Hohenlohe.

Leipzig, 24. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Nach fast 24stündiger Beratung verurteilte (wie wir in einem Teil der Abendausgabe bereits mitteilten) der Präsident des Staatsgerichtshofes folgendes Urteil: Die Angeklagte wird wegen Begünstigung in Tateinheit mit Meineid zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. In der Urteilsbegründung wird hervorgehoben, daß die Verantwortung für das schwere Verbrechen auf jene fällt, die in skroter leichtfertiger Weise ihre Opfer ins Verderben stürzen. Dieser Umstand wurde auch neben dem Widerruf der geschworenen falschen Aussage als strafmildernd in Betracht gezogen. Der Antrag der Verteidigung auf Haftentlassung wird abgelehnt, da nach Lage der Verhältnisse die Fortdauer der Haft zum Zwecke der Ermöglichung des Strafvollzuges notwendig erscheint.

Die Folge von Frankfurt.

Verbot von Umzügen und Versammlungen unter freiem Himmel.

Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt mit: Der Artikel 123 Abs. 2 der Reichsverfassung gibt die Möglichkeit, Versammlungen unter freiem Himmel zu untersagen, wenn die öffentliche Sicherheit unmittelbar gefährdet ist. Zahlreiche Vorgänge der letzten Zeit haben gezeigt, daß die politischen Leidenschaften als Folge ständig zunehmender Verhetzung von radikalen Seiten derart überhandgenommen haben, daß unmittelbare Gefahren für die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung für den Fall bestehen, daß jetzt politische Kundgebungen mit parteipolitischen Charakter unter freiem Himmel abgehalten werden. Die Zusammenkünfte der letzten Wochen, z. B. bei den Stahlhelmsfeiern in Eisenberg und Eisleben, des Jungsturms in Dramburg sowie bei den jüngsten Kundgebungen in Frankfurt a. M. reden eine deutliche Sprache. Der preussische Minister des Innern hat deshalb unter dem Datum des 24. Juli an die Oberpräsidenten die Verfügung ergeben lassen, sämtliche Versammlungen unter freiem Himmel mit Einschluß der Umzüge bis auf weiteres zu untersagen.

Überall in der Bevölkerung, wo man sich über die Notwendigkeit klar ist, im vaterländischen Lebensinteresse die Parteinteressen zurücktreten zu lassen, wird die in diesem Verbot liegende Warnung und Mahnung zur Besonnenheit vollumfänglich verstanden werden. Man wird es sicherlich begrüßen, daß mit dem Unterbleiben der für die nächste Zeit beabsichtigten öffentlichen politischen Demonstrationen auch ein wesentlicher Faktor der innerpolitischen Beunruhigung in Fortfall kommt.

Ein Rundschreiben des Reichsinnenministers.

Der Reichsminister des Innern hat unter dem 19. Juli ein Rundschreiben an die Landesregierungen ergehen lassen, in dem auf die Möglichkeit von Zusammenstößen, insbesondere am 29. Juli, hingewiesen und ersucht wird, alle Maßnahmen zur Verhinderung von Störungen der Ruhe und Ordnung zu treffen. Ganz besonders wird auf die genaue Durchführung der reichs- und landesgesetzlichen Bestimmungen über das Waffentragen und das Mitführen von Waffen in Versammlungen und Aufzügen hingewiesen. Mit Rücksicht auf die Notwendigkeit der Ruhe und Geschlossenheit im Innern gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt ersucht der Reichsminister in dem Rundschreiben, von vornherein mit wirksamen Mitteln einzugreifen und nötigenfalls Versammlungen unter freiem Himmel für den 29. Juli überhaupt zu verbieten.

Der Parteivorstand schreibt uns:

Auf eine Anfrage, die Genossen aus dem Reiche an uns gerichtet haben, teilen wir mit, daß die Vereinigte Sozialdemokratische Partei mit dem von der Kommunistischen Partei auf den 29. Juli angedachten Antifaschistentag nichts zu tun hat. Sie ist bei Ansetzung des Tages auch gar nicht gefragt worden. Daraus ergibt sich, daß die Organisationen in den Orten, in denen sie zur Teilnahme

Von edlen Frauen. „Wißt du genau erfahren, was sich ziemt, so frage nur bei edlen Frauen an“ — sagt Goethe, und er hat, wie immer, Recht. Nur hätte er statt edlen Frauen „Edelfrauen“ sagen sollen. In derselben Nummer, in der der „Kokai-Anzeiger“ die Nachricht bringt, daß die Prinzessin Margarete zu Hohenlohe-Öhringen wegen Meineid und Begünstigung des Hochverrats zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, veröffentlicht eine Gräfin Eva von Baudissin einen Hommus auf die Deutschamerikaner, die kürzlich zu einem Bierturnier nach München gekommen waren. Besonders der „prachtvolle“ Riegenleiter Herr P. Kraft hat es ihr angetan. Er ist nicht nur stark in der Bauchweille und im Keulenschwingen, sondern auch als Poet. „Mir fiel gerade“ — erzählt die Gräfin — „in diesen Tagen ein kleines Gedicht wieder in die Hand, das ich mir beim letzten Präsidentenwechsel aus einer deutschamerikanischen Zeitung geschnitten hatte, damals ohne den Verfasser zu kennen. Nun stand er in Herrn Krafts urwüchsigter Gestalt vor mir.“ Das Gedicht, das sich gegen den Präsidenten Wilson richtet, hebt folgendermaßen an:

Am vierten März wird gereinigt die Luft,
Da spülen die Esel die Ohren:
Es wird befeuchtet der größte Schuft,
Den je eine Mutter geboren.
Die Schurken seines Robinetts,
Sie können ihn ruhig begraben,
Dies Was, zerreißen von gift'ger Kräh',
Es meiden ihn selbst die Raben...

In dieser Tonart geht der Song weiter, der die ganze Seele der Gräfin bezaubert. Es hat schon etwas auf sich mit dem wahrhaft guten Geschmack, der nur den alten und gepflegten Kulturen oder Häusern eigen ist. Im niederen Volk etwas Ähnliches zu finden, dürfte schwer sein — wenn man nicht in den exklusiven Kreisen Umhau halten will, die nämlich die Boullionkeller bevölkern.

Das Schauspieltheater veranlaßt am Sonntag, 5. August, im Zentraltheater, vormittags 11 1/2 Uhr, eine Sondervorstellung der „Räuber“ zu ermäßigten Preisen. Die Gesamteinnahme aus dieser Vorlesung fließt der Marie-Seebach-Stiftung zu.

Warta-Crosta. Die bekannte Berliner Schauspielerin, beabsichtigt zur französischen Bühne überzugehen. Sie hat bereits ein Engagement an einem Pariser Theater.

Allgemeine Deutsche Hygiene-Vereinsleitung zu Berlin. In der Zeit vom 25.—31. August 1923 findet in den Ausstellungshallen des „Sportpalastes“, Goldammer Str. 72—73a, auf Veranlassung des Vereins zur Förderung der Hygiene der medizinischen und hygienischen Industrie e. V. eine Ausstellung der medizinischen und hygienischen Industrie statt.

Wechsel in der Burgtheaterdirektion. Mit der vorläufigen Leitung des Wiener Burgtheaters ist der Schauspieler Franz Herterich beauftragt worden.

Ungarische Volksabteilung. Das Sozialistische Amt veröffentlichte das Ergebnis der Volkszählung im Jahre 1920 auf dem durch die Erlaßener Grenze festgelegten Gebiet. Danach betrug die Bevölkerung 7 680 143, was gegenüber der Volkszählung von 1910 eine Vermehrung um rund 6 Prozent bedeutet. Die Zunahme der Bevölkerung trotz der Kriegsverluste ist auf die große Zahl der Rückkehrer aus den losgeronnenen Gebieten zurückzuführen. Die Rückkehrer setzen sich u. a. aus darin, daß von der Bevölkerung bis 5,8 Millionen Männer, dagegen 4,1 Millionen Frauen sind. Die Zahl der Witwen hat sich um 25 Prozent, die der Ehegeschiedenen um 55,8 Prozent vermehrt.

aufgefordert werden, die Teilnahme abzulehnen und auch einzelne Genossen sich von der Veranstaltung fernhalten werden.

Wie wir voraussetzten, nimmt die Rechtspreffe den Mord von Frankfurt zum Anlaß, eine schamlose Hehe gegen den „sozialistischen Mord“ und ähnliche guten Dinge zu beginnen. Man kann sich in den nächsten Wochen noch auf einiges gefaßt machen. Eine besondere Betonung, daß die Sozialdemokratie mit solchen Gewalttaten nicht das geringste zu tun hat, wäre angesichts dieser demagogischen Ausschüchtlung vergebliches Bemühen. Die Rechtspreffe ergreift augenscheinlich mit Wonne die Gelegenheit, die Aufmerksamkeit von den planmäßigen Morden der Rechtsboschewisten abzulenken. Das wird ihr nicht gelingen.

Verhaftungen in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 24. Juli. (WZ.) Der Polizeipräsident hat infolge der gestrigen Ausschreitungen im Anschluß an die Kundgebung Versammlungen unter freiem Himmel bis auf weiteres verboten. Inzwischen sind verschiedene Personen verhaftet worden, die an der Erschlagung des Staatsanwaltschaftsrats Dr. Haas beteiligt sein sollen.

Neue Massenausweisungen.

Mannheim, 24. Juli. (WZ.) Seit Anfang Juli, also innerhalb von drei Wochen, sind aus der Pfalz nicht weniger als 720 Eisenbahner mit 1926 Familienangehörigen ausgewiesen worden. Am 20. Juli wurden wiederum 16 verheiratete Eisenbahner mit ihren Frauen und 37 Kindern ausgewiesen. Am 21. Juli sind neuerdings wieder 22 verheiratete Eisenbahner mit ihren Frauen und 36 Kindern ausgewiesen worden. Es handelt sich in der Hauptsache um Lokomotivführer aus Kaiserslautern.

Trier, 24. Juli. (WZ.) Im Stadtviertel St. Barbara in Trier fand zwischen 5 und 6 Uhr morgens eine Massenausweisung von Eisenbahnern statt, der 230 Personen zum Opfer fielen. Es wurde nur eine Frist von 1/4 Stunde zum Einpacken des Reisebedarfs gewährt.

Münster, 24. Juli. (WZ.) Am 21. Juli nachmittags versuchten etwa 30 junge Leute aus Bochum bei Aplerbeck ins unbefetzte Gebiet zu gelangen. Bei dem Zusammenstoß mit den französischen Grenzpatrouillen wurden der 25jährige Werner und der 22jährige Casar angeschossen und schwer verletzt, vier weitere werden vermißt, der Rest ist über die Grenze entkommen.

Rückkehr der drei Schupobeamten aus Aachen.

Amtlich wird gemeldet: Die drei früheren preussischen Schupo-Beamten, die zu ihrer Vernehmung als Zeugen in dem wegen Erschlagung des belgischen Leutnants Graft gegen andere Schupo-Beamte vor dem belgischen Militärgericht schwebenden Verfahren nach Aachen übergeführt waren, haben ihre Kuslage vor der belgischen Behörde gemacht. Sie sind darauf in das unbefetzte Gebiet zurückgebracht worden.

40 000 Hektar Siedlungsland!

Durch das am 15. Juni d. J. in Kraft getretene Ergänzungsgesetz zum Reichsiedlungsgesetz werden 40 000 Hektar Siedlungsland zur Wiederbeschaffung der aus dem Osten verdrängten Ansiedler beschafft. Die Fläche ermöglicht die Ansetzung von mindestens 3000 Siedlern, um auch für den Aufbau der Gehöfte Erleichterungen gewähren zu können, sind in den Haushalten des Reichsarbeitsministeriums 30 Milliarden Mark eingestellt worden, deren Verwendung durch Richtlinien geregelt ist. Der Fonds kann zu Bauzuschüssen und auch zur Einrichtung von Rotenkränzen für die in Frage kommenden Personen auf dem aufzustellenden Siedlungsland oder in seiner Nähe verwendet werden. Die Siedler wenden sich wegen der Gewährung von Zuschüssen und näherer Auskunft an die gemeinnützigen Siedlungsunternehmungen oder an die Kulturämter.

Das Programm des Unterhauses.

Geheimnisvolle Andeutungen.

London, 24. Juli. (WZ.) Baldwin teilte dem Unterhause mit, er hoffe, das Haus werde am 2. August in die Herbstferien gehen können. Das Programm für die Herbstsession bestehe aus verschiedenen kleineren Vorlagen.

Reuter bemerkt hierzu, die Herbstsession solle am 13. September beginnen, doch werde es in parlamentarischen Kreisen für sehr wahrscheinlich gehalten, daß das Haus schon früher zusammenberufen werde im Hinblick auf die Möglichkeit internationaler Entwicklungen und im Hinblick auf innere Fragen im Zusammenhang mit der Lage des Handels.

Auf eine Anfrage befragte Baldwin, daß sich vor der Verlesung des Unterhauses noch Gelegenheit für eine Erklärung der Ruhrfrage finden werde. Kennworthy fragte, warum der Entwurf der Antwort an Deutschland nicht der serbischen, rumänischen, portugiesischen und anderen Regierungen übermittelt worden sei. Es erfolgte keine Antwort.

Belgiens Standpunkt.

Paris, 24. Juli. (WZ.) Der belgische Ministerrat beschloß sich gestern nachmittags mit den von der englischen Regierung übermittelten Dokumenten zur Reparationsfrage. Der Brüsseler Berichterstatter des „Echo de Paris“ will trotz völliger Geheimhaltung über den Verlauf des Ministerrats folgende fünf Thesen aufstellen in der Lage sein, die den Standpunkt des belgischen Kabinetts kennzeichnen:

1. Das englische Projekt sei eine Mischung von guten und schlechten Anregungen.
2. Es verbleibe durchaus nicht die Tür zu irgendwelchen weiteren Verhandlungen, im Gegenteil.
3. In der Ruhrfrage werde Belgien seine Haltung getreu nach der Frankreichs richten, mit dem es dieserhalb über bestimmte Punkte ein Abkommen getroffen habe.
4. Bezüglich der Reparationen betrachte sich Belgien nicht so streng an Frankreich gebunden.
5. Die Gelegenheit müsse ergriffen werden, um Amerika wieder in die Mitte der Welt zu ziehen. Der Gedanke, die Prüfung der Finanzlage Deutschlands einer unparteiischen und nur beratenden Kommission unter Vorbehalt eines Amerikaners zu unterbreiten, dürfe infolgedessen nicht ohne weiteres zurückgewiesen werden.

In Brüsseler maßgebenden Kreisen, fährt der Korrespondent fort, rechne man damit, daß binnen kurzen eine interalliierte Konferenz stattfinden werde. Darüber jedoch, ob dieser Konferenz eine Zusammenkunft zwischen Poincaré und den belgischen Ministern vorausgehen müsse, wolle man sich nicht äußern. Es sei aber die Meinung vertreten, daß bei dem augenblicklichen Stand

der Dinge eine Unterredung zwischen Baldwin und Poincaré möglich sein könnte.

Frankreichs Kohlenflaß.

Paris, 24. Juli. (WZ.) Um die für heute zu erwartenden Siegesgehymnen des aus dem Ruhrgebiet zurückgesetzten Ministers für öffentliche Arbeiten Le Trocquer in das rechte Licht zu rücken, veröffentlicht André Tardieu nachstehende Statistik der französischen Kohlenversorgung: In den ersten fünf Monaten des Jahres 1921 lieferte Deutschland an Kohlen und Koks 4 260 000 Tonnen; in dem gleichen Zeitraum wurden von Frankreich in England 1 985 000 Tonnen Kohlen und Koks angekauft. Die entsprechenden Zahlen für die ersten fünf Monate des Jahres 1922 lauten: Kohlen und Kokslieferungen aus Deutschland 3 597 000 Tonnen, Ankauf in England 5 185 000 Tonnen; für die ersten fünf Monate des Jahres 1923: deutsche Kohlen- und Kokslieferungen 1 141 000 Tonnen, französische Käufe in England 7 700 000 Tonnen.

Paris, 24. Juli. (WZ.) Havas teilt mit, der Reinigungsanstausch auf diplomatischem Wege zwischen Paris und Brüssel wegen der auf die englischen Dokumente zu erließenden Antwort werde fortgesetzt. Man könne versichert sein, daß die englische Regierung vor dem 3. August, dem Tage der Beendigung der englischen Parlamentsferien, im Besitz der französischen Antwort sein werde, wie man es in amtlichen Kreisen Londons gewünscht habe.

Endlich Orientfrieden!

Der feierliche Schlußakt der Kaufmann Friedensverhandlungen fand gestern programmgemäß statt. Mit Ausnahme des Schweizerischen Bundespräsidenten Scheurer, der als Gastgeber am Vormittag Begrüßungsworte sprach, wurden keine Reden gehalten. Nachmittags erfolgte die Unterzeichnungszereemonie, die eine halbe Stunde dauerte, da nicht weniger als 18 Dokumente der Unterchriften bedurften. Jugoslawien beteiligte sich, wie gemeldet, an der Unterzeichnung nicht, ebenso die Vereinigten Staaten, die mit den Türken Sonderverhandlungen führen.

Wirtschaft

Der Großhandel für Goldrechnung.

Der Zentralverband des deutschen Großhandels, der seit jeher dafür eingetreten ist, daß das Kredit-System auf Goldbasis umgestellt werden soll veröffentlicht folgende Mitteilung:

Im Zusammenhang mit der von der Reichsbank durchgeführten Einheitskursnotierung ist der gesamte Zahlungsverkehr im Inland zwischen Industrie, Großhandel und Einzelhandel völlig in Verwirrung gebracht. Eine noch nicht gekannte Unschärfe und Unsicherheit, ja eine gänzliche Einstellung der Inlandsverrechnung steht unmittelbar bevor. Einerseits müssen die Notwendigkeiten anerkannt werden, die die Industrie daran hindern, sich der Papiermarkt als Wertmesser zu bedienen. Andererseits sind die dem Einzelhandel durch Preistreiber und Devisenverordnungen auferlegten Schwierigkeiten nicht mehr erträglich. Der Großhandel sieht sich als Zwischenglied verpflichtet, in letzter Stunde den Versuch zu machen, die sich ergebenden Gegensätze auszugleichen, solange die Reichsbank an der Politik der Einheitskurse in Verbindung mit scharfen Repartierungen festhält.

Der Zentralverband des deutschen Großhandels hat auf Grund dieser Erwägungen sich an die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft gewandt und die sofortige Ausnahme von Beschlüssen verlangt, um den Versuch zu machen, durch eine Verteilung des Risikos und der Herstellung eines glatteren Zahlungsverkehrs noch, wenn es möglich ist, unabsehbare drohende wirtschaftliche Konsequenzen zu vermeiden. In der Zwischenzeit wird er seine Bemühungen bei der Reichsbank und demjenigen wirtschaftlichen Kreise, die der Einführung eines Goldverrechnungsvorgangs sich noch entgegenstellen, fortsetzen, um eine Verringerung dieser Auffassung zu erreichen. Dem Zentralverband des Deutschen Großhandels steht nach wie vor das einzige Mittel in der sofortigen Einführung eines Goldkontoverkehrs, um in letzter Stunde noch eine in geordneten Grenzen sich bewegende Abrechnung im Zahlungsverkehr und die Beibehaltung der Mark wenigstens als Zahlungsmittel, zu erreichen.

Die Schaffung von Goldkrediten, wie sie hier vom Großhandel gefordert wird, ist in der Tat eines der Mittel der Währungs- politik, das bisher noch nicht einmal versucht, geschweige denn ernsthaft in Angriff genommen wäre. Zwar beschäftigen sich einzelne Banken bereits mit Goldkonten. Aber amtlich ist in dieser Richtung noch immer nichts Wesentliches geschehen. Bei den privaten Banken, welche sich der Goldrechnung bedienen, hat sich gezeigt, daß sie geeignet sind, den Bedarf der Wirtschaft an fremden Zahlungsmitteln zur Sicherung gegen die Geldentwertung wesentlich zu vermindern. Die fraglichen Bankinstitute brauchen nämlich, um gegen alle Zufälle der Geldentwertung gesichert zu sein und ihren Goldverpflichtungen gerecht werden zu können, nur etwa 15 Prozent der Kredite mit Devisenkäufen zu decken, während man heute annehmen muß, daß die meisten Industriellen und Großhändlerstimmten in viel höherem Maße Sicherungskäufe an fremden Zahlungsmitteln vornehmen.

Wenn man das Interesse weiter Kreise an der Entwertung der Mark wirksam bekämpfen will, so muß man denselben, die zum Schutz gegen die Geldentwertung Devisen kaufen oder behalten, einen Ersatz dafür geben und man muß andererseits durch rückwärtslose Abdrückung der Papiermarktkredite dafür sorgen, daß der Käufer fremder Zahlungsmittel oder mit Valuta zu bezahlender Waren an der Geldentwertung nicht mehr verdienen kann. Das geht nur durch die Einführung eines Goldrechnungsverkehrs, wie er hier vom Großhandel gefordert wird. Der Dollar steht bereits annähernd auf dem hundertaufendfachen Vorkriegsstand; es ist höchste Zeit, daß man hier die von Sachverständigen, von den Gewerkschaften und von der Sozialdemokratie seit langem geforderte Umstellung des Kreditverkehrs vornimmt, um ein weiteres Absinken der Mark aufzuhalten.

Neue Margarinepreiserhöhung. Der Preis für Margarine stellt sich: die billigste Qualität auf 47 000 M. und die teuerste Margarine auf 64 000 M. je Pfund.

Gute Ernteausichten in Europa. Wie das internationale Welterwartungsinstitut mitteilt, wird die diesjährige Getreideernte in Europa befriedigend ausfallen. Aus allen Ländern, aus denen bereits Erhebungen vorliegen, und die mit Ausnahme von Rußland 40 Prozent der europäischen Ernte ausmachen, ist bereits der voraussehbare Ertrag der letztjährigen Ernte um insgesamt 21 Millionen Zentner, d. h. um 17 Prozent. Die provisorischen Schätzungen für Kanada und die Vereinigten Staaten sehen eine Abnahme der Produktion mit 18 Millionen Zentnern bzw. 5 Prozent gegenüber der außerordentlich reichen Ernte von 1922 vor. Einschließlich der Ernte Japans und Indiens ist mit einer Zunahme von 23 Millionen Zentnern, entsprechend 4 Prozent, gegenüber der Welternte der letzten Jahre, zu rechnen.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Kurstafel ist noch nachzutragen: 1 japanischer Yen 201,495 Geld, 202,505 Brief; 1 brasilianischer Milreis 48,590 Geld, 44,110 Brief; 100 österr. Kronen (abwert.) 298,50 Geld, 601,50 Brief; 1 ungarische Krone 28,92 Geld, 29,08 Brief; 1 bulgarische Lema 4080,50 Geld, 4110 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 4418,50 Geld, 4488,50 Brief.

Gewerkschaftsbewegung

Durchführung des Heimarbeitelohngesetzes.

Die Aufgaben der Gewerkschaften.

Am 1. Juli ist das „Gesetz zur Abänderung des Hausarbeitelohngesetzes (Heimarbeitelohngesetz)“ vom 27. Juni 1923 in Kraft getreten. Damit ist vorläufig der Kampf der organisierten Arbeiter um gesetzliche Maßnahmen zur Regelung der Löhne für Heimarbeiter zum Abschluß gebracht, der Jahrzehnte hindurch erfolglos geblieben ist. Erst die Nachkriegszeit mit ihrer Verarmung großer Volksteile, die früher an Erwerbsarbeit zur Deckung ihres Lebensunterhalts nicht zu denken brauchten, und die nun zu einem erheblichen Teil sich der Heimarbeit zugewendet haben, hat auch im Bürgertum Verständnis für die Notlage der Heimarbeiter erweckt. Und so ist dann das „Heimarbeitelohngesetz“ im Reichstage einstimmig angenommen worden.

Um die Kämpfe um gesetzliche Maßnahmen zum Schutze der Heimarbeit und der Heimarbeiter erinnert u. a. die Begründung, die die Regierung dem Gesetzentwurf beigegeben hat. Es macht aber einen eigenartigen Eindruck, daß darin nur der „Christliche Gewerksverein der Heimarbeitenden“ als diejenige Organisation angeführt wird, die sich um die Befreiung der Heimarbeiter bemüht hat. Ist im Reichsarbeitsministerium wirklich nicht bekannt, daß lange vor der Gründung der genannten Organisation sich die freien Gewerkschaften schon praktisch auf dem Gebiete betätigt hatten? So weit dürften doch Personalunion und Uebereinstimmung in der Weltanschauung nicht gehen, daß sie, wie in diesem Falle, die Objektivität vermissen lassen. Es ist tief bedauerlich, daß von den Vertretern der sozialdemokratischen Fraktion bei der Plenarberatung dies nicht gerügt worden ist.

Den Gewerkschaften aller Richtungen gebührt das Verdienst, gezeigt zu haben, daß es möglich ist, auch die Arbeitsbedingungen der Heimarbeit, die so unglaublich vielseitig ist, bis zu einem gewissen Grade tariflich zu regeln. Die Regelung in dem Maße, wie in anderen Gewerkschaften, scheitert nur daran, daß die mit Heimarbeit beschäftigten Arbeitsträger aus so verschiedenen Gesellschaftsschichten stammen, nicht immer voll erwerbsfähig sind, auch vielfach ihre Arbeit nur zu gelegentlichem Verdienst verwenden, so schwer zu organisieren sind. Ohne Organisation ist aber bekanntlich keine tarifliche Regelung möglich. Daß diese die Grundlage auch für die Regelung der Arbeitsbedingungen der Heimarbeit darstellen soll, will auch das Heimarbeitelohngesetz, das endlich die Fachauschüsse mit der Befugnis der Lohnfestsetzung gebracht hat. Die Fachauschüsse sollen aber nur dann eingreifen, wenn die tariflich gesetzten Löhne unzulänglich sind und wenn eine freie Verständigung, insbesondere im Tarifvertrage, nicht zustande kommt. Die Fachauschüsse sollen ferner auch die Aufgabe der gesetzlichen Schlichtungsausschüsse bei Arbeitsstreitigkeiten von Heimarbeitern übernehmen.

Es sind also wichtige Aufgaben, die den Fachauschüssen zufallen. Wieweit sie von den Ausschüssen erfüllt werden, wird in der Hauptsache von ihrer Zusammensetzung abhängen. In Berücksichtigung des Umstandes, daß aus freier Wahl der Heimarbeiter wohl kaum ein brauchbarer Fachauschuss hervorgehen wird — wenn überhaupt eine Wahl zustande kommt —, sieht das Gesetz vor, daß die Vertreter für die Fachauschüsse von der obersten Landesbehörde, auf Grund von Vorschlagslisten der im Bezirke des Fachauschusses bestehenden wirtschaftlichen Vereinigungen von Arbeitgebern oder Arbeitnehmern, deren Gewerbetreibende oder Hausarbeiter des Gewerbebezuges als Mitglieder angehören, bestellt.

Gehört ein erheblicher Teil der in Betracht kommenden Gewerbetreibenden oder Hausarbeiter solchen wirtschaftlichen Vereinigungen nicht an, so ist der Bezirkswirtschaftsrat aufzufordern, Vertreter, die auf den Vorschlagslisten nicht enthalten sind, vorzuschlagen. Solange Bezirkswirtschaftsräte noch nicht bestehen, erkennt die oberste Landesbehörde die Vertreter nach Anhörung Sachkundiger, wobei auch Vertreter von Minderheiten berücksichtigt werden sollen.

Den Gewerkschaften erwächst nun die Aufgabe, sich um die Bildung und um die Zusammenziehung der Fachauschüsse zu bemühen. Wie haben in der letzten Zeit mehrfach erleben müssen, daß der Regelung der Lohnbedingungen der Heimarbeiter an einzelnen Orten nicht die genügende Aufmerksamkeit geschenkt wird. Diese Einzelerscheinungen berechtigten zwar noch lange nicht zu den Vorwürfen gegen unsere Gewerkschaften, die indirekt in der Begründung des Reichsarbeitsministeriums zum Entwurf des Heimarbeitelohngesetzes und in der Rede der Berichtserstatterin im Reichstage enthalten sind. Die Vorwürfe wären erst dann berechtigt, wenn unsere Gewerkschaften der Bildung von Fachauschüssen und ihrer Zusammenziehung anderen Stellen überlassen würden.

Wegen Doppelbeschäftigung von Staatsbediensteten.

Beim sächsischen Wirtschaftsministerium ist nach der Eco-Korrespondenz eine Reihe von Klagen eingegangen, daß in Reichs-, Staats- oder Gemeindebetrieben voll beschäftigte Handwerker nach ihrer Arbeitszeit noch in Privatbetrieben mitarbeiten. Mit Rücksicht auf die Erwerbslosigkeit weist das Wirtschaftsministerium sämtliche Staatsbediensteten erneut nachdrücklich darauf hin, daß sie bei Vermehrung dienstlicher Betätigung in keinem Falle eine Nebenbeschäftigung oder gewerbliche Tätigkeit ohne behördliche Genehmigung annehmen dürfen. Diese wird der bisherigen Stellung entsprechend auch dann, wenn eine Schädigung frei erwerbstätiger Personen nicht zu befürchten ist, nur bei Vorliegen besonderer Gründe erteilt. Hinsichtlich der sächsischen Staatsarbeiter wird daran erinnert, daß den vollbeschäftigten Verwaltungsarbeitern die Ausübung einer Nebenbeschäftigung gegen Entgelt laut Tarifvertrag verboten ist. Dies gilt auch für die Gemeindefunktionäre und Beamten.

Gehaltsbewegung der Expeditionangestellten.

In einer überfüllten Versammlung nahmen am 23. Juli die Expeditionangestellten den Bericht ihrer Verhandlungskommission über die am selben Tage geflohenen Lohnverhandlungen entgegen. Mit Entrüstung lehnte die Versammlung das Angebot der Arbeitgeber ab, die Gehälter um 20 Proz. gegenüber dem Monat Juni zu erhöhen. Die Arbeitgeber, die ihre Volksgelder um mehr als das 105 000fache über den Friedenspreis erhöht haben, erklärten sich grundsätzlich gegen die Einführung wertbeständiger Gehälter. Die Versammlung beschloß einstimmig den Schiedsspruch am Donnerstag abzuwarten, und falls dieser Schiedsspruch nicht zur Zufriedenheit der Angestellten ausfällt, den Kampf gegen die Expeditoren aufzunehmen. Die gesamte Angestelltenchaft des Expeditions-Gewerbes versammelte sich Donnerstagabend 8 Uhr in den Musikerkäfen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31.

Allgemeine Versammlung für sämtliche Funktionäre der USPD.

am Freitag, den 27. Juli, abends 6 1/2 Uhr im Saalbau Friedrichshain :: Am Friedrichshain 16-23
Tagesordnung:
Die politischen und wirtschaftlichen Gefahren der Republik
Referent: Genosse Robert Schmidt, M. d. R.
Mitgliedsbuch und Funktionärliste gelten als Ausweis.
Der Bezirksvorstand.

Schiedsspruch in der chemischen Industrie.

Der Schiedsspruch des Bezirkslichtungsausschusses Berlin vom 20. Juli 1923 über den Stundenlohn des Betriebsarbeiters der Fachgruppe II für die Zeit vom 18. bis einschließlich 24. Juli wird bestätigt. Der Spitzenlohn des Betriebsarbeiters der Fachgruppe II Ortsklasse A beträgt für die Zeit vom 25. bis einschl. 31. Juli 25 800 M. Die Berechnung der Löhne für die übrigen Fachgruppen, Ortsklassen, Kategorien und Altersklassen erfolgt in der bisher üblichen Weise. Ueber die übrigen Punkte des SSA vom 20. Juli 1923 (Punkt 2, 3, 4 und 5) haben sich die Parteien im Bezirk zu einigen.

Die Lohnstellen können ab Donnerstag beim Verband der Fabrikarbeiter, Engelufer 24/25, in Empfang genommen werden.

Lohnabkommen im Lithographie- und Steindruckgewerbe.

Die Gehältern erhalten vom 21. bis 27. Juli eine Zulage im ersten Gehaltsjahre von 252 802 M., im Alter bis zu 21 Jahren 288 450 M., im Alter von 21-24 Jahren 324 508 M., und über 24 Jahre 360 562 M. Diese Zulagen erhöhen sich ab 28. Juli um 24 131 bzw. 96 147 bzw. 108 168 bzw. 120 187 M. Dieses Abkommen läuft bis zum 3. August.

Lohnunterschiede der Kellnerarbeiten.

Die mit dem Arbeitgeberverband der Getränkeindustrie und verwandter Gewerbe von Groß-Berlin G. V. und dem Deutschen Verkehrs- und Transportarbeiter, geflohenen Verhandlungen wegen neuer Löhne sind trotz Vermählung gescheitert. Das niedrige Angebot der Arbeitgeber hat eine Funktionärerversammlung am 23. Juli einstimmig abgelehnt. Der bewilligte Vorschlag von 400 000 M. für Männer und 300 000 M. für Frauen mit zweimaliger Berechnung ist ungenügend. Die Funktionäre haben daher beschlossen, heute im Dresdener Kasino, Dresdenstr. 96, eine Vollversammlung einzuberufen, wo über eine etwaige Arbeitseinstellung Beschluß zu fassen ist. Mitgliedsausweis erforderlich.

Achtung, Zimmerer!

Heute nachmittag sind neue Verhandlungen. Die Bezirksführer müssen zur Konferenz am Freitag abends 7 Uhr im Saal 8 des Gewerkschaftshauses erscheinen. Schlichtungskommission und Vorstand treffen sich eine Stunde vorher im Bureau.

Um zu dem Resultat der Verhandlungen Stellung zu nehmen, finden am Sonnabend in allen Bezirken Versammlungen statt. Die Funktionäre und Betriebsräte haben für den Besuch der Versammlungen die größte Propaganda zu entfalten. Der Vorstand.

Die Löhne in der Geschäftsbuch- und Besetzungsbuchbranche sind mit Wirkung ab 19. Juli erhöht worden. Die Spitzenlöhne für Arbeiter sind auf 19 500 M., ab 26. Juli bis 1. August auf 22 200 M. und für Arbeiterinnen in der ersten Rate auf 12 100 M. und in der zweiten Rate auf 18 800 M. erhöht. Formulare sind ab heute bis abends 8 Uhr beim Verband der Buchbinder, Engelufer 24/25, Zimmer 39/40, erhältlich.

Die Arbeiter der Firma „Hansa“, Berlin, Bergstr. 34, befinden sich im Streik. Zutritt ist fernzuhalten!

Die Streikbewegung in Polen, in deren Verlauf es besonders in Lodz zu blutigen Zusammenstößen mit Polizei und Militär gekommen ist, nimmt an Ausdehnung zu. Seit Montag stehen sämtliche Fabriken der Warschauer Metallindustrie still.

Da die Arbeiter den Streik als beschleunigt erklären. Kummern sich nicht um die Bauarbeiter im Streik. 67 Wachen stehen still. In Lublin haben sich zu den streikenden Metallarbeitern gleichfalls die Bauarbeiter gesellt. In Baluja (Galizien) dauert der Streik der Salzbergwerkarbeiter an. Die Streikenden werden weitgehend von den Arbeitern der nahegelegenen Petroleumgebiete unterstützt. In der Sejmung hatten die sozialistischen Abgeordneten den Innenminister wegen des parteiischen Verhaltens des dortigen Starosten interpelliert. In Carow ist der Bauarbeiterstreik ebenfalls ausgebrochen.

Das persönliche Eingreifen des Arbeitsministers in voriger Woche leitete an dem Verhalten der Unternehmer. Die Metallarbeiter in Warschau sind von ihrer Forderung auf eine Lohn-erhöhung von 70 Proz. auf 75 Proz. zurückgegangen. Der Minister hatte ein Kompromiß mit 60 Proz. vorgeschlagen, das für die Arbeiter unannehmbar war.

Gastwirtsgehilfen. 1. Abteilung. Heute vormittag 10 Uhr bei Dietrich, Linienstraße 122: Versammlung aller Gastwirtsgehilfen.

Buchdrucker! Der Fraktionsvorstand trifft sich heute eine halbe Stunde vor Beginn der Generalversammlung im Saal hinter der Bühne. J. A.: Otto Fiedler.

K. L. G. Oberhäusmelde-Rennen, Donnerstag, 3 1/2 Uhr im Hauptstadion, Wilhelmshofstraße, Versammlung aller USPD-Genossen. Wichtige Tagesordnung! Parteidemokratie legitimiert. Der Fraktionsvorstand.

Achtung, Kapazitäten! Zu der Versammlung heute abends um 7 Uhr bei Boeker, Weberstraße 17, haben alle Kolleginnen und Kollegen in Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung zu erscheinen. Bericht von den Lohnverhandlungen. Vorstand der Seidler, Kapazitäten und Parteiführer.

Achtung! Korbhändler aus den Polizeibereichen! Heute nachm. 4 Uhr Versammlung im Arbeitersaal, Fungelstraße 30. Bericht von den Lohnverhandlungen. Deutscher Arbeiterverband, Osternowplatz.

Agg. Lichtenberg! Heute 6 Uhr Betriebsversammlung bei Schwarz, Lichtenberg, Wäldchenstraße.

Generalarbeit der Angestellten. Chemie: Mitglieder-Versammlung Donnerstag abends 7 Uhr, Neue Philharmonie, Lindenstraße 96-97. — Textil- und Bekleidungsindustrie: Mitglieder-Versammlung Freitag den 27. Juli, nachm. 5 Uhr, Döberlonsches Festzelt, Neue Friedrichstraße 33.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

14. Kreis Berlin. Sonntag, den 23. Juli, Waldpark im Volkspark, Potsdamer Platz am Gornikofriedhof, Tempelhofer Feld. Einlass 2 Uhr. Beginn 4 Uhr. Eintritt: Empfindung 100 M., Kinder 100 M. Eintrittskarten sind zu haben bei allen Funktionären, im Parteibureau, Redarstraße 2, und in den „Vorwärts“-Expeditionen.

Heute, Mittwoch, den 25. Juli:

- 11. Abt. 7 Uhr haben sämtliche Bezirksführer beim Genossen Herrmann, Wittmoche 78, 2. Etage, Berlin und Material ab.
- 12. Abt. Die Mitglieder-Versammlung fällt aus.
- 13. Abt. Saubau: 7 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung im Türkischen Festzelt, Wilmersdorf, Ecke Weidenstraße. Thema: „Die Werbestandigkeit des Lohns.“ Ref. Gen. Dr. Cahn.
- 14. Abt. Preußen: 7 Uhr im Reiterhof der Schule 8, Marienburger Weg 69-70, Mitglieder-Versammlung. Thema: „Die Politik der Reichsregierung und die Partei.“ Ref. Gen. Brincker.
- 15. Abt. Schöneberg: 7 1/2 Uhr Abteilungsversammlung bei Witz, früher Döb., Martin-Luther-Straße 69.

Morgen, Donnerstag, den 26. Juli:

- 16. Abt. Steglitz: 8 Uhr beim Gen. Jamburg, Schloßstraße 108. Sitzung des engeren Vorstandes und der Vorsitzenden der Wohnungskommission. Wichtige Tagesordnung.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Mittwoch, den 25. Juli:

Heute abends findet im Jugendheim Lindenstraße die Besprechung der Jugendleiter statt. Alle Abteilungen, die sich am Jugendtag beteiligen, müssen Vertreter in dieser Besprechung entsenden. Das Vorkind im Bezirke von 50 000 M. für die Einkinder 18, wenn möglich, heute abends mitzubringen. Das Geld für das Einkind im Bezirke von 10 000 M. ist unbedingt heute abends mitzubringen.

Wannhüter Bezirk. Jugendheim, Große Frankfurter Straße 16, Bornheim. Abteilungs- und Jugendtag. — Robertshof, Bornheim. Jugendheim Landtagsgebäude, Gendarmenstraße 22. Disziplinabend: „Die niedere Krieg.“ — Schöneberg, Jugendheim Gemeindefest, Sonnenburger Straße 20, Disziplinabend: „Schulreform.“

Briefkasten der Redaktion.

W. R. 2. Anonyme Anfragen werden nicht beantwortet; zudem fehlt die Zeitungsanschrift.

Weiter bis Donnerstag mittag. Wählig warm, zeitweise mit Nordwind, jedoch überwiegend bewölkt und zunächst im östlichen Nebengebiet, später auch im Westen wiederholte leichte Regenfälle.

Verantwortlich für Politik: Walter Schill, Berlin; Wirtschaft: Felix Salomon, Friedrichshagen; Gemeindefragen: J. Eiser, Berlin; Familien: Emilien, Dr. John Schilling, Charlottenburg; Verkehr und Genossenschaft: Otto Häber, Berlin; Bank- und Währungs: Th. Gluck, Berlin; Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Extra 1 Posttag.

Bei Korpulenz & Fettleibigkeit stud

Dr. Hoffbauers neu. entz. Entfettungs-Tabletten sind vollkommen unschädliches und erfolgreiches Mittel ohne Einhalten einer Diät. Keine Schildkröte, kein Abführmittel. Ausführliche Broschüre gratis. Elefant-Apothek, Berlin SW., Leipziger Str. 74 (Dönhofsplatz)

Theater, Lichtspiele usw.

- Staatstheater
- Schauspielhaus
- Die Freier
- Deutsches Th.
- Schneider Wibbel
- Kammerspiele
- Die Luxusfran
- Gr. Schauspielhaus
- Die Frühlingstee
- Berliner Theater
- Urania
- Berner Oberland

Deutsch-Opernhaus
Abends 7 1/2 Uhr:
Der Günstling der Zarin

Theater d. Westens
(Große Volksoper)
8 U.: Dreimalderhaus

Intimes Theater
8 U.: Diplomat im Dienst
9 U.: blaue Pyjama etc.

Metropol-Theater
8 U.: Die Schönste der Frauen
Vorwerk unterbr.

Neues Theater a. Zoo
Täglich 8 Uhr:
Der Lebkuchener d. Pridericus Rex
Neues Volkstheater

Vater u. Sohn
Schiller-Th. Charl.

Süße Susi
Th. a. Nollendorferpl.
7 1/2 U.: Mein Freund — der Lakai

Walser-Th.
Des Königs Nachbarin

WINTERTHEATER
Variété-Spielplan
Rauchon gestaltet!

Theater des Ostens
(Rosa-Theater)
8 U.: Li oder Lu

Central-Theater
Gastspiel des Schauspielers Th.
7 1/2 U.: Die Räuber
Granach, George

Reichshallen-Th.
7 1/2 U.: Götter
11 Uhr: Die Räuber
30. 11. 1923
8 U.: Die Räuber
11 Uhr: Die Räuber

Zigaretten
Gardus, Anett, Salem, Pabst, Finken, Pilsener und andere feinsten Marken. Weisenberg Nachf., Grüner Weg 83 (Andreasplatz)

LUNAPARK
Ab 3 Uhr voller Betrieb

Admirals-Variete
Berlin
8 U.: bestes Programm

Marken-Zigaretten:
Garbath, Salpau, Reinhart, Karmirg, Karamifos, Manoli, Kurati alle ab unter Engelmann, Reichshallen-Platz, 21. Telefon: Postamt 2114

ISOLA STAHLGLAS
D. R. P.
hält 24 Stunden heiß - 3 Tage kalt

Springt nicht! Bricht nicht!
Man hat jahrelang Freude daran

ISOLA GES. RUDOLSTADT 1/TH
Außerdem wie bisher in allen bekannten Götter.
ISOLA-Leichtglasflaschen - Soda-ent-träger - Kannen etc.

200 000 Mark bar
aufklar. anregend.
Gratisbroschüre d. **Erfinder**
F. Erdmann & Co., Bln., Königgrätzer-Str. 71

Große Ersparnis bei sofortigem Besuch

Preise steigen ganz enorm!

Reinwollene Strickjacken	625 000	la Ulster	610 000
Covercoatmäntel, lang mit Woll	825 000	Modell-Kostüme	2 400 000
Gabardinenmäntel, in Ausführung	1 750 000	Reinwollene Hammjars-Röcke	395 000

Nur ganz kurze Zeit! Eilen Sie, bevor's zu spät wird! Noch billig!

Ulster, Plüschmäntel, Krimmermäntel, Katzenjacken, Fohlenjacken, Slinksjacken, Seal-Electricmäntel
soweit Vorrat reicht!

Simon Westmann
Damenkonfektion und Frauermegazin
1. Geschäft: Berlin W 8, Mohrenstr. 37a 2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115

Krankenkassen und Aerzte.

Die „Freie Vereinigung“, eine radikale Gruppe im Groß-Berliner Verband, hatte die Aerzte zum Montagabend in den Posthofsaal (Artilleriestr.) geladen, um zu dem Thema: „Was treibt den Kassenarzt zum Streik?“ Stellung zu nehmen. Um einen Massenbesuch zu bewirken, hatte man, wie der Vorsitzende in seinen einleitenden Worten bemerkte, das zugkräftige Wort Streik gewählt, obwohl es sich gar nicht um eine Arbeitsniederlegung handelt, sondern nur um die Erklärung des vertragslosen Zustandes, während dessen Dauer die Kassenpatienten als Privatpatienten zu behandeln sind. Der Einladung waren über 300 Aerzte gefolgt, deren einmütige Begeisterung für den „Streik“ sich bei allen Rednern, die die Not des Arztstandes an der Hand von Beispielen und Zahlen schilderten, in lauten Beifall kundgab, um so lauter, je energischer und temperamentvoller dieselben gegen die Kassen vorgingen. Am lautesten bei den Ausführungen eines der letzten Redner, der aus übernormalem Herzen den Leidensweg des geplogten, vom Kassenvorstand geschürte Kassenarztes schilderte und starke Töne gegen die „Schwäche“ der bisherigen Aerztevertreter in den Verhandlungen mit den „Kassenge-meintlichen“ fand.

In das patriarchalische Verhältnis zwischen Patient und Arzt früherer Zeiten habe die staatliche Zwangsversicherung mit rauher Hand eingegriffen, ohne die fernerzeit noch unorganisierten und daher ohnmächtigen Ärzte auch nur zu hören, mitraten und mitzudenken zu lassen. Die Folge war eine immer größer werdende und immer schwerer empfundene Abhängigkeit des Arztes vom Kassenvorstand, eine besonders in der traurigen Gegenwart geradezu unelbstlich gewordene

Beschränkung in den ärztlichen Verordnungen.

eine empörende Bevormundung und auch im Ton ganz unwürdige Behandlung der Aerzte seitens der „Kassenherren“. Nur kleinste Quantitäten minderwertiger Arzneien, Quanten, die oft nur ein bis zwei Tage reichen, dürfen verschrieben werden; um 100 Gramm Verbandswatte (nach einem Abort, Entbindung, einer Verletzung) zu verschreiben, müssen zwei Rezepte à 50 Gramm geschrieben werden, teure oder „nicht zugelassene“ Verordnungen, Bäder usw. bedürfen der vorherigen Abstempelung im überfüllten Kassenlokal usw., so geschähe alles, um dem Kranken ebenso wie dem Arzt die Behandlung, die heilung zu erschweren. Von der Kasse angestellte, daher abhängige „Vertrauensärzte“ greifen rücksichtslos in die Behandlung ein, schreiben die Kranken gegen die bessere Einsicht des behandelnden Arztes nach einmaliger Untersuchung „gesund“ und beschränken den Kassenarzt demnach in seinen Verordnungen, daß kaum noch der Zweck, eine den Kranken möglichst schnell und völlig wiederherstellende Behandlung möglich ist. Der Kassenarzt ist genötigt, bei jeder Verschreibung — oft in Gegenwart des Kranken — das von den Kassen zusammengestellte und von Jahr zu Jahr mehr die Bewegungsfreiheit des Arztes einschränkende Verordnungsbuchlein der „erlaubten“ Arzneimittel und „zulässigen“ Mengen vorzuziehen und einzusehen, um nur ja nicht die verbotene Arznei, das verbotene Quantum Tropfen, Pulver, Tees, Verbandstoffe usw. zu verordnen — anderenfalls er „regresspflichtig“ gemacht wird, d. h. aus seiner Tasche die Mehrkosten bezahlen muß.

Nicht die elende Bezahlung der kassenärztlichen Tätigkeit, nicht das Materielle sei die Hauptsache,

sondern diese ganze, den heutigen Arztstand erniedrigende und korrumpierende Behandlung seitens der Kassenbureaucratie. Einmal ein höchstgehobener, unabhängiger Stand, sei er heute — durch die Abhängigkeit von den Kassen — bereits so heruntergekommen, daß Aerzte, weil sie von den Kassen so erbärmlich bezahlt werden, sich von den Kassenpatienten Trintgelder in die Hand nehmen lassen, ja selbst ihrerseits von ihnen Geld fordern, daß Kassenpatienten ganz ungenügend, im Hamisch verarztet werden, um durch die Masse der Guttscheine für die minderwertige Bewertung des einzelnen zu entschädigen. Wenn gewissenhafte, vielbeschäftigte Aerzte 10, 11, 12 Stunden und darüber täglich zu „arbeiten“ gezwungen sind, um nur dürftig mit ihren Familien durchzukommen, dann erfüllt alles Ethos. Der verstorbene Gynäkologe an der Charité Prof. Gufferow nannte unsere Kunst

den schönsten Beruf, aber das traurigste Gewerbe. „Sorgen Sie dafür“, schloß Dr. Zwirn seine wirkungsvollen Worte,

„daß das anders wird, zerreißen Sie Ihre Ketten, damit Sie nicht im Alter auf eine verpöhlte Leibe zurückblicken müssen!“

In einer einstimmig angenommenen Entschloßung wurden die Forderungen der Aerzte zusammengefaßt, Honorierung entsprechend dem Erwerbsfaktor (mit Zuschlägen für Berufsunterschieden und Epidemieaufschlag), Wahl der Vertrauensärzte durch die Kassenärzte und Kassenmitglieder, Neuordnung der Nachuntersuchungen, Beschränkung der Versicherung auf die wirtschaftlich Schwachen usw.

Weiter wurde beschlossen, daß zu den Einigungsverhandlungen vor dem Ministerium für Volkswohlfahrt Vertreter der „freien Vereinigung“ zugezogen werden müssen und endgültige Beschlüsse nur nach Zustimmung einer allgemeinen Aerzteversammlung gefaßt werden dürfen.

Und endlich: Kassenvorparatungen in allen Stadtteilen Berlins einzuberufen, um die Kassenmitglieder aufzuklären, um den Arbeitern die Not der Aerzte und die Not der Kranken bei der heutigen Herrschaft der Bureaucratie in den Kassen vor Augen zu führen.

Es ist nur zu begrüßen, wenn innerhalb der Ärzteschaft eine Bewegung im Entstehen begriffen ist, welche den wirtschaftlichen und moralischen Niedergang des Standes aufzuhalten sucht, welche insbesondere neben der materiellen auch die ethische Seite des Kampfes mit den Krankenkassen in den Vordergrund rückt. Bewußt sind nur die ganz einseitigen und von nur geringem oder gar keinem sozialen Verständnis für die Krankenversicherung getragenen Ueberreibungen und zum großen Teil unberschätzten Anklagen gegen die Träger dieser Versicherung, die Rückständigkeit in der Bewertung der hygienischen Vorteile bei der Ausdehnung der Versicherung über den Kreis der wirtschaftlich Schwachen usw. Wenn der schönste Beruf heute zu dem traurigsten Gewerbe geworden ist, so liegt das an der ganzen modernen großkapitalistischen Entwicklung, nicht bloß an den Krankenkassen. „Die Bourgeoisie“, sagte Marx, „hat der Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt“ und erst wenn der Arzt als Gesundheitsbeamter aufhört, wird, Gewerbetreibender zu sein und von dem Unglück seiner Nebenmenschen zu leben, wird der schönste Beruf wieder erstehen, von dem materiellen Schladen der Gegenwart gereinigt.

Hoffen wir, daß es nicht zu dem vertragslosen Zustand kommt, der allen Teilen, nicht zuletzt den Kranken, unermesslichen Schaden bringen dürfte, hoffen wir, daß es noch in letzter Stunde gelingt, durch ruhige und verständnisvolle Verhandlungen im Ministerium für Volkswohlfahrt den berechtigten Forderungen der Ärzteschaft seitens der Krankenkassen zu genügen und damit das Los der

Vor der Katastrophe!

Ein Warnungsruf der sozialdemokratischen Stadtverordneten.

Im Hinblick auf die bis zur Unertügllichkeit gesteigerte Not vieler Kreise der Bevölkerung richten in der Berliner Stadtverordnetenversammlung unsere Genossen folgende dringende Anfrage an den Magistrat:

„Wir fragen den Magistrat, ob er bereit ist, mit äußerster Beschleunigung und denkbar größtem Nachdruck mit der Reichsregierung in Verbindung zu treten, um diese zu veranlassen, gegenüber der von Stunde zu Stunde sich verschärfenden Notlage der Berliner Bevölkerung die notwendigen Abwehrmaßnahmen zu ergreifen und die drohende Gefahr einer Katastrophe abzuwenden.“

Die Anfrage wird hoffentlich schon in der nächsten Stadtverordnetenversammlung, am Donnerstag dieser Woche, vom Magistrat beantwortet werden.

in der heutigen schweren Zeit doppelt und dreifach gefährdeten und frankten Kassenmitglieder zu erleichtern.

Die andere Seite.

Von einem Krankenkassenbeamten erhalten wir zu diesem Thema folgende Zuschrift:

„Doch sich die Berliner Aerzte, von wenigen Ausnahmen abgesehen, in einer großen Notlage befinden, ist für jeden, der die Verhältnisse kennt, zweifellos. Der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands hat den Aerzten ihre Haupteinkommensquelle, den Privatpatienten, entzogen. Der Mittelstand ist fast völlig aufgerieben und die Arbeiterschaft so verelendet, daß sie nur in dringenden Fällen privatärztliche Hilfe in Anspruch nehmen kann. Dazu kommt noch die erhebliche Vermehrung der praktizierenden Aerzte. Der Krieg brachte einen Zustrom junger Mediziner, und die Kriegsfolgen nötigten manchen alten zur weiteren Tätigkeit. Um die Ärzteschaft zu retten, zwang man deshalb den Krankenkassen die freie Arztwahl, d. h. die Pflicht auf, jeden Arzt zur Kassenbehandlung zuzulassen. Die Zahl der Kassenärzte wurde beinahe verdreifacht. Das hatte einen Vorteil, aber auch Nachteile, die sich immer störender bemerkbar machten. Der Vorteil trat so lange in Erscheinung, als Privatpatienten in befriedigender Menge vorhanden waren. Die Kassenpatienten verteilten sich auf alle Aerzte, so daß jeder noch eine Nebeneinnahme aus der Kassenpraxis hatte. Nach dem Verschwinden der Privatpatienten belebten aber nur noch die Kassenmitglieder das Sprechzimmer. Und nun zeigte sich ein großer Nachteil der freien Arztwahl. Jeder Arzt hatte jetzt wohl einige Kassenmitglieder in Behandlung, konnte aber von dem für diese gezahlten Pauschalbetrag nicht profitieren, während andererseits die Krankenkassen doch nur ein Arzt Honorar aufbringen konnten, das im Rahmen ihrer Zahlungsmöglichkeit lag. Diese Tatsache ist die Ursache des ständigen Streites zwischen den Aerzten und Krankenkassen. Kein vernünftiger Mensch wird bestreiten, daß die Berliner Aerzte von den Kassenhonoraren nicht leben können, solange der jetzige Zustand der allgemeinen Kassenpraxis bestehen bleibt. Andererseits wird aber auch niemand verlangen können, daß die Krankenkassen mehr zahlen, als sie haben. Die Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Berlin hatte beispielsweise im Monat Juni eine Beitrags-einnahme von rund sechs Milliarden Mark. Sie wird im Juli voraussichtlich rund drei Milliarden Mark Arzt Honorar zu zahlen haben. Eine Verdoppelung des Honorars (für den einzelnen Arzt gewiß nicht zu viel) würde die Krankenkasse zwingen, die gesamten Zusatzbeiträge ihrer Mitglieder den Aerzten zu geben. Wo bleiben dann aber die Apotheker, Krankenhäuser, Badeanstalten, die Mittel für Kranke, Wöchner, Still- und Sterbepflege, wo die anderen tausenden Ausgaben? Kann den Kassenmitgliedern zugunsten werden, allein den Arztstand zu erhalten und zu diesem Zweck außerordentliche materielle Opfer zu bringen? Mit welchem Recht will man auch diese Last wieder den minderbemittelten Bevölkerungsschichten auferlegen, sind die Kassenbeiträge nicht schon reichlich hoch? Soll der Arztstand erhalten bleiben — und das wollen wir doch alle —, dann muß ein anderer Weg gesucht werden. Man beschränke die Kassenpraxis, verbiete den Kassenärzten jede Privatnütigkeit und verpflichte die Krankenkassen zu einer ausreichenden Bezahlung der Kassenärzte. Zahlungsfähige Krankenkassen lassen sich mit Hilfe der Gesetzgebung schaffen: ich denke dabei gleichzeitig an den Ballast überflüssiger Verwaltungsarbeiten und an die Ortskassen. Die Privatpraxis verteilte sich dann auf einen kleinen Kreis von Aerzten und gibt vielleicht wieder einer gewissen Anzahl die Existenzmöglichkeit. Den übrigen müßten Reich, Staat oder Gemeinde ein Tätigkeitsfeld schaffen, soweit nicht noch Verpfanngungen (Austausch von Stadt und Land) durchführbar sind. Ein Ausweg muß gefunden werden. Den Krankenkassen muß eine arbeitsfreudige Ärzteschaft zur Verfügung stehen. Krankenkassen und Aerzte gehören zusammen, wie Genosse Dr. Wegl in seiner letzten Landtagsrede bereits ausführte. Und die Ärzteschaft ist ohne Krankenkassen nicht mehr existenzfähig.“

Das Ergebnis der Einigungsverhandlungen.

Die Einigungsverhandlungen zwischen Aerzten und Krankenkassen, die am Dienstag im preussischen Wohlfahrtsministerium stattfanden, haben zu folgendem vorläufigen Ergebnis geführt:

Eine engere Kommission aus je vier Vertretern der Aerzte und der Kassen tritt am Mittwoch zusammen, um die eigentlichen Be-

Als die Wasser fielen.

Von Otto Rung.

Den Blick von den dunklen Lidern beschattet, aber äußerst aufmerksam hörte Gerda zu. Gude spürte den erregenden und heißen Duft ihres Haares. Behaglich und genießend suchte sie sich in den Stuhl — wie damals, als sie mit ihm in ihrer kleinen Kajüte gefessen und ihre Fabeln erzählt hatte.

Der Hofmeister brachte einen Burgunder von seltener Marke, der, verstaubt, schräg in einem Weidenkorb lag. Gude nahm die Flasche, um einzuschlecken. Gerda sah rechts von ihm, und, um ihr Glas sehen zu können, mußte er sich fast ganz umdrehen. Sie schob es ihm näher hin, aber dabei kam es aus seinem Gesichtsfeld heraus. Der Wein wurde auf das Tisch Tuch vergossen.

Berwärt entschuldigte er sich. Gerda lachte munter, schwieg aber auf einmal. Aufmerksam betrachtete sie das rauchgraue Glas, das er wie stets über seinem erblindeten rechten Auge trug, und sie verstand im selben Augenblick, was sie früher nicht gewußt hatte. Von ihren Lippen kam ein Flüstern — wohl eine unwillkürliche Bitte um Verzeihung. Aber Gude sah ausbleichend den Schwager: starr und mit verzogenen Zügen verfolgte der die stumme Szene; unerträgliche Qual, Angst und Haß lagen unverhüllt in seinem Blick entblößt.

Gude machte an diesem Abend die alte Sache zwischen sich und dem Schwager auf. Nie hatte er sie so klar wie jetzt gesehen. Er ließ von neuem das kurze Beisammensein in jenen jungen Jahren als Kameraden auf der Kadettenschule an seinem Geiste vorüberziehen.

Er konnte sich selbst — vor jetzt bald zwanzig Jahren — gleich nach bestandenen Examen, den ersten Tag in der neuen Uniform mit dem feuerergoldenen Dolch in blankem Bandolier über der Schulter sehen. Zum ersten Male war er sich als Soldat, als halber Offizier schon vorgekommen.

Seine Mutter hatte ihn sich in der feinen Uniform drehen lassen und gesagt, daß er hübsch aussehe. Der Vater hatte ihn sich bei einem hastigen Besuch zu Hause angesehen, obwohl er am selben Tage mit dem Geschwader in See stechen sollte. Er hatte hier und da an Wuthe und Haltung des Knaben gerückt und verbessert, sich über die neuen Bügelfalten in den Hosen — die große Erfindung jener Zeit nach hundert Jahren

Elefantenbeinen — ausgehalten. Die Falten waren ihm nicht seemannsnahig genug!

„Zeig‘ nun, daß du dem Korps Ehre machst, daß ich mich deiner nicht zu schämen brauche. Halt‘ das Bandolier blank! Die Ehre eines Offiziers ist siebenmal die eines Gentlemans, ist blanker als ein Spiegel.“

Edith hatte ihn stumm betrachtet, während sie, die langen Beine in gestopften Strümpfen unter dem allzu kurzen Kleide, das die Mutter am passendsten für ein fünfzehnjähriges Kind fand, auf der Kante eines Stuhles saß. Er selbst sah sich verlegen in der Uniform in dem hohen Feilerpiegel, in dem der Vater seine Gala mit den roten Aufschlägen und den breiten Epauletten zu mustern pflegte. Selbst Hermannen betrachtete ihn mit halbmrürrischem Respekt und nannte ihn „Herr Kadett“.

Gude kam es vor, als läge das Jahrhundert zurück. Zeitalter schienen vergangen zu sein seitdem: das Steinalter seines Aufenthalts in Afrika, das Mittelalter Rußlands und schließlich das Chaos des Krieges, die gewaltige Probezeit für jene Disziplin des Mutes, die Geschlechter hindurch die militärische Idee seiner Vorfahren gewesen — und wohl heute noch sein eigenes Ziel war!

Doch jetzt entfiel er sich jener kurzen Zeit, da er selbst Uniform trug, mit dem Unbehagen, das er stets bei barbarischen Methoden und brechender Logik fühlte. Für ihn war es nur eine Station auf der langen nebligen Fahrt. Lebend war er durchgekommen, nur sein linkes Auge war verloren.

Er konnte sich selbst mit seiner Klasse von der Promenade heimkommen sehen. Im Hofe der Kadettenschule, unter dem hohen Hebungsmast, steht ein Kadett der ersten Klasse und wartet auf die Jüngeren. Es ist der Schulrann, genannt der Eskimo — der kurz darauf seinen Abschied erhielt und auf der Fahrt mit einem Kauffahrteischiff unter der chinesischen Küste ertrank — damals aber noch in vollem Schwunge, kurzlosig und kurzbeinig, baumstark, mit einem papiergrauen, von roten Pickeln übersäten Gesicht. Sein Kommando lautet: „Nicht euch!“ und aus seiner Tasche fährt ein geleertes Tauende. Drei Schläge über den Rücken und: „Rechts um — Marsch!“

Wer mußst, kriegt drei Schläge oxira, wer keinen Vorgelegten meidet, wird zu Spiehruten verurteilt!

Gude entfiel sich ihrer aller, dieser Despoten der ersten Klasse, der Stubenältesten mit ihrem jähen Vergnügen, den sie auf dem Banjerdeck von in den Hofentweipen und Lasterhöhlen der ganzen Welt befahrenen Matrosen gelernt hatten, erinnerte sich ihrer losen Fäuste, ihrer verantwortungslosen

Knabenaugen mit dem Schimmer von Rache für die Prügel, die sie selbst einmal bekommen hatten, als sie die Jünglinge waren und den Spitznamen „Frösche“ führten. Der mongolische Prinz Wang-Ho, der in Europa zum Seeoffizier erzogen werden sollte, war stets nur Zufuhauer, wenn die anderen das Tauende gebrauchten, lächelte nur mit den weißen Zähnen in dem breiten, gelben Gesicht und notierte ohne Zynismus, allein um in seiner Heimat darüber zu berichten, diesen Zug von Europas Geist und Kultur.

Gude sah den Stubenältesten Jörgen Start, den Sohn des Admirals, den feischesten Kadetten des ganzen Korps, vor sich. Beim Jahresball der Schule führte er an, die jungen Töchter der Offiziersfamilien folgten ihm mit feuchten Augen, wenn er aufrecht und zwanglos durch den Saal schritt und die suchte, die er für diesen Abend auszeichnen wollte. Holger erinnerte sich der bebenden Atemzüge seiner Schwester, als sie kurz nach ihrer Konfirmation auf ihrem ersten Kadettenball darauf wartete, ob sie vielleicht die Auserwählte — ob er plötzlich vor ihr stehen bleiben würde.

Start schlug wie die andern Stubenältesten, und er schlug hart, aber mit einer besonderen Munterkeit, die gleichsam den Schmerz milderte. Wenn sein klingende Kommando „Nicht euch!“ ertönte, war es, als ob er von seinem eigenen Liebeschuh an abgehärteter Kraft. Und sein Tauende mit den drei Knoten trat wie ein Ritterschlag, dessen Striemen wochenlang wie blaue Auszeichnungen auf den bloßen Schultern saßen.

Ob es die Eislaufe im Winter oder die Bühne in der Kofe für einen „Frosch“, der todmüde nach der Hundewache hineinleckerte, galt, immer war er der Erste dabei. Gude erinnerte sich, wie er mit in dem Kreise um die Jüngeren stand, die zu der täglichen Rolle des Stiers bei der Corrida auserwählt waren. Die war nach der Tradition vieler Geschlechter die Wannheitsprobe für die siebzehnjährigen neuen Kadetten: der Stier wurde mit verbundenen Augen von den beiden Loreadoren der ersten Klasse in die Arena gelassen; jeder von diesen war mit einem knotigen Stock bewaffnet. Wenn der Stier für heute frei sein wollte, mußte er die Ringmauer brechen, er mußte sich seinen Weg spießen, denn ein Stier hat nur seine Stirn und geht nicht mit den Hufen drauf los! „Zum Teufel, halt‘ die Flossen auf dem Rücken, Mensch!“ — und rings um den Stier wirbelte es von pfeifenden Täuenden, die auf Kreuz und Rücken, Schienbein und Schenkel hagelten, bis sein Körper eine einzige Beule bluttrüffiger Striemen war, bis die Haut in Streifen und Fegen hing wie das Bündel der Banderilla. (Fortsetzung folgt.)

dingungen für die Einigung zu formulieren. Danach begibt sich diese Kommission zum Reichsarbeitsminister, um die Reichsregierung zu bewegen, den Kassen in der Grundlohnfrage mehr Spielraum zu geben, damit größere Beiträge erhoben werden können; denn nur so können die Kassen ihren Verpflichtungen nachkommen. Das Ergebnis der Verhandlungen der engsten Kommission wird am Donnerstag der Hauptkommission im preussischen Wohlfahrtsministerium vorgelegt werden. So ist zu hoffen, daß doch eine Einigung zustande kommen wird, um den vertragslosen Zustand bis 1. August im Interesse der Kassenpatienten zu vermeiden.

Durch ein Haar!

Restlose Aufklärung des Schöneberger Mordes.

Den fortgesetzten Ermittlungen der Kriminalpolizei ist es jetzt gelungen, das Verbrechen an dem Wähler Hans Friedmann in der Vorbergstr. 2 zu Schöneberg restlos aufzuklären und einen lückenlosen Beweis für einen geplanten Raubmord beizubringen. Bei der großen Zahl von Indizien, die in sorgfältiger Zusammenarbeit aller Beamten herbeigeführt wurden, blieb den beiden verhafteten Verbrechern endlich nichts anderes übrig, als die Tat in allen Einzelheiten zu gestehen. Auch Schulz, der zunächst die Mittäterschaft noch leugnete, mußte sich zu einem Geständnis bequemen, nachdem die Untersuchung des Chemikers Dr. Brünig ergeben hatte, daß ein winziges Haar, das in der geballten Faust des ermordeten Killers gefunden wurde, von ihm stammt. Die Ermittlungen waren in diesem Falle infolgedessen sehr interessant, als sie teilweise auf Gebiete führten, über die selbst unter den Gelehrten bisher noch keine Einigung zu erzielen war. Die Auswertung der psychologischen Momente, die sich im Laufe der Verhandlungen und vielen Vernehmungen von Angehörigen aller Berufsstände ergaben, gehört juristisch zu den interessantesten Problemen, die die Kriminalistik zu bieten vermag. Und es wird auch für die weitere Bearbeitung dieses Falles, auch in strafrechtlicher Beziehung, insbesondere bei der Elchne dieses Verbrechens, nicht ganz leicht sein, alle die Ueborgänge und Höhen, die bei dieser eigenartigen Umgebung des Ermordeten selbst nicht leicht zu trennen sind, richtig nachzuweisen und einwandfrei auszuwerten. Die beiden Täter werden jetzt der Staatsanwaltschaft zur Einleitung der Voruntersuchung vorgeführt. Die Kriminalpolizei ist nur noch zu einem gewissen Teil damit beschäftigt, bis es gelingt, auch den Bernhard Schulz, den Bruder des einen Mörders, zu ergreifen. Dieser Bernhard Schulz hat einen Teil der gestohlenen Sachen, insbesondere die Klinge, gestohlen und treibt damit Handel. Er kommt deshalb nur als Helfer in Frage, an der Tat selbst ist er nicht beteiligt. Mitteilungen über seinen Aufenthalt nehmen die Kriminalkommissare Geißel und Johannes Müller im Zimmer 55 und 56 des Polizeipräsidiums, Hausanruf 434 und 195, entgegen.

Ein netter Rutscher.

Ein Expeditionsgehilfe in der Mantuffelstraße sollte einen 29 Jahre alten Mann namens Meed aus der Falther Straße als Rutscher ein und vertraute ihm am zweiten Tage ein Fuhrwerk im Gesamtwert von 30 Millionen Mark an. Der neue Rutscher verkaufte alsbald die Ladung für 10 Millionen Mark beim, an verschiedenen Stellen, ließ das Fuhrwerk schieben auf der Straße stehen und verschwand. Dem bei der Schuppeligen fanden das Gespann auf und brachten es seinem Eigentümer wieder. Die Dienststelle B. I. 9 der Kriminalpolizei ermittelte, daß ein gewisser Erwin Bohde, der bei seinem Bruder in der Langensiedelstraße als Geschäftsführer tätig war, dem ungetreuen Rutscher beim Verschleppen der Ladung geholfen hatte und nahm ihn fest. Meed selbst wird noch gesucht. Es ergab sich, daß er vor einiger Zeit schon einmal eine Zuckerrübe verlohren hat. Mitteilungen über seinen Aufenthalt an Kriminalkommissar Dr. Koch im Zimmer 244 des Polizeipräsidiums.

Jugendtag in Niederschöneweide.

Zu einer wichtigen Jugendkundgebung gestaltete sich der vom Verband der Oberpreuss. veranfaßte Jugendtag am 21. und 22. Juli in Niederschöneweide. Jugendgruppen der näheren und weiteren Umgebung Groß-Berlins rüdten schon am Sonntagabend mit Spiel und Song ein. Viele hundert Kinder begleiteten den städtischen Demonstrationszug am Abend durch Nieder- nach Oberschöneweide. Am Sonntag war man früh auf, um sich zu einer Feiertunde zusammenzufinden, die ihre Höhe fand in einer temperamentvollen

Ansprache eines Jugendfreundes aus Senftenberg. Heißer Eifer, großes Wollen, tiefes Schürfen leuchteten selbst in die von Nöten der Zeit durchwühlten Gemüter der erwachsenen Genossen und zündeten, gaben Mut und Vertrauen für die Zukunft. Am frühen Nachmittag waren die Scharen der Jungen und Alten auf einem freien Platz in Niederschöneweide bereits wieder versammelt. Bekenntnis zur freien, demokratischen Republik und der Wille, auf diesem Boden im Sinne des Sozialismus als auch der Gegenwartsforderungen weiterzuwirken, bildeten den Gehalt einer Rede des jugendlichen Sprechers aus Magdeburg. Alles in allem: Es ist kaum zu bezweifeln, daß die bislang nur in Provinzstädten und -orten veranstalteten Jugendtage auch vor den Toren Berlins ihre Wirkung nicht verfehlen. Mögen Eltern und die erwachsene Arbeiterkraft ihr Teil dazu beitragen, daß die Arbeiterjugend den Weg zu ihrer Organisation findet — der sozialistischen Arbeiterjugend.

Hauswirt und Mieter.

Ein interessanter Streitfall.

Ein für Mieter und Vermieter gleich interessanter Streitfall kam vor der Ferienkammer des Landgerichts II zur Erörterung. Bekanntlich enthalten fast alle Mietverträge eine Bestimmung, daß der Hauswirt jederzeit das Recht habe, die Wohnung des Mieters zu betreten, und daß er bei Verweigerung Schadenersatzansprüche erheben kann.

Der Hauswirt Hamann verlangte auf Grund dieser Bestimmungen des Mietvertrages Eingang in die Wohnung seiner Mieterin, der Witwe Krieger von Luchowka, angeblich um Reparaturen, die in der Wohnung vorgenommen werden, zu beschaffen. Die Mieterin, die mit ihrem Hauswirt auf gespanntem Fuße stand, da sie als Mitglied des Mieterausschusses mehrfach mit ihm Auseinandersetzungen gehabt hatte, verweigerte ihm den Zutritt und verwies ihn darauf, gegebenenfalls seine Schadenersatzansprüche geltend zu machen. Der Hauswirt war aber doch in die Wohnung eingedrungen und weigerte sich, der Aufforderung, diese zu verlassen, Folge zu leisten. Es kam zu einem heftigen Streit in der Wohnung. Daraus ergab sich ein Privatklageverfahren. Die Mieterin klagte wegen Hausfriedensbruches und Beleidigung, weil der Hauswirt sie mehrfach als „meschuggs“ bezeichnet habe. Der Hauswirt erhob seinerseits Klage, weil die Mieterin ihn Dritten gegenüber als „Wucherer“ bezeichnet hätte. Das Schöffengericht Schöneberg hatte den Rechtsstandpunkt eingenommen, daß durch die Schadenersatzansprüche dem Vermieter nicht das Recht unterbunden werden dürfe, die Wohnung zu betreten, und hatte den Angeklagten von der Anklage des Hausfriedensbruches freigesprochen. In der Berufungsverhandlung bekämpfte K. A. Dr. Bader diesen Standpunkt. Das dem Vermieter eingeräumte Recht dürfe nicht zu Schikanen dienen. Die Ferienkammer kam auf Grund der Beweisaufnahme zu der Ansicht, daß der Hauswirt sich nicht des Hausfriedensbruches schuldig gemacht habe. Das Urteil ließ es dahingestellt, ob die Bestimmung des Mietvertrages dahin ausgelegt werden könne, daß der Hauswirt nur Anspruch auf Schadenersatz habe. Diese Bestimmung sei von den Juristen verschiedentlich ausgelegt worden, so daß man sich bei einem Urteil nicht wundern dürfe, wenn er zu einer falschen Auslegung kommen sollte. Daraus müsse man aber folgern, daß ihm das Bewußtsein, so widerrechtlich gehandelt zu haben, gefehlt habe. — Wegen der gegenseitigen Beleidigung erhielten Beklagter und Kläger je 5000 M. Geldstrafe.

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch ausreichend, Geschäft langsam. Fische ziemlich ausreichend, Gemühter, Obst und Gemüse reichlich, Geschäft flott. Kartoffeln knapp. Preise für alle Bedarfsware überall höher.

Am Dienstag galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise:

Rindfleisch 45 000—55 000 M., ohne Knochen 54 000—62 000 M. Schweinefleisch 60 000—75 000 M. Kalbfleisch 44 000—58 000 M. Hammelfleisch 46 000—65 000 M. Rindfleisch 50 000—63 000 M. Schellfisch 15 000—20 000 M. Kabeljau 18 000—27 000 M. Seelachs 22 000 bis 25 000 M. Dorsch 9000—10 000 M. in Eis; Schleie 33 000—35 000 M. Hechte 40 000 M. Aale 38 000—44 000 M. Lebende Schlei 42 000 bis 46 000 M. Hechte 42 000—46 000 M. Aale 40 000—50 000 M. Naturbutter 65 000—77 000 M. Margarine 40 000—50 000 M. Schweinefleisch 50 000—56 000 M. Eier 5500—6000 M. das Stück. Weizenmehl 14 000—18 000 M. Erbsen 15 000—19 000 M. Weiße Bohnen 14 000 bis 17 000 M. Blumenkohl 12 000—20 000 M. der Kopf. Kohlrabi 11 000 bis 14 000 M. Mohrrüben 6000—14 000 M. Kirschen 4000—12 000 M. Erdbeeren 12 000—18 000 M. Johannisbeeren 6000—7000 M. Tomaten 12 000—22 000 M.

Aus der Charité entwichen. In der vergangenen Nacht gegen 1 1/2 Uhr ist der 22 Jahre alte Kinoborsführer Erwin Bohm, der in der Charité als Polizeigefangener untergebracht worden war, entwichen. Da er nur mit einem Hemd bekleidet war, muß er Helfershelfer gehabt haben.

Lebensmittel für Minderbemittelte. Das Ernährungsamt der Stadt Berlin teilt mit: Vom 29. Juli bis 15. August erfolgt leitend der Stadt Berlin ein Verkauf von je einem Pfund Bohnen zum Preise von 5000 M., sowie von je 1/2 Pfund Schmalz zum Preise von 9000 M. Der Verkauf findet nur an diejenigen Minderbemittelten statt, die im Besitz von Bezugskarten sind, die ihnen nach Prüfung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse von den Bezirksämtern bzw. deren einzelnen zuständigen Stellen ausgedrückt werden. Jeder die im Bezirk gelegenen Verkaufsstellen erteilen die zuständigen Stellen des Bezirksamtes Auskunft.

Ein Lehrgang für Obstbaumpflege findet an der Höheren Gärtnerlehranstalt Berlin-Dahlem vom 9. bis 11. August d. J. statt. Anmeldungen sind sofort unter Beifügung von 1000 M. für Porto und Lehrplan an den Direktor der Höheren Gärtnerlehranstalt Berlin-Dahlem zu richten. Personen unter 18 Jahren werden zu dem Lehrgang nicht zugelassen.

Die Einbürgerungsgebühr wird vom 27. Juli ab auf 700 000 Mark erhöht.

Schiffszusammenstoß. Der am Montag von Hamburg nach Finnland abgefahrene Dampfer „Alwine Ruh“ war in der Nähe von Brunsbüttel mit dem von Finnland nach hier bestimmten norwegischen Dampfer „Laurus“ in Kollision geraten. Er ist mit eingedrückt nach Hamburg zurückgeführt. Der Dampfer muß die Ladung löschen, um repariert werden zu können. Der norwegische Dampfer ist anscheinend ohne Schaden in Hamburg eingelaufen.

Eine Falschmünzergilde verhaftet. Der Münchener Polizei gelang es, 4 Personen festzunehmen, die 410 Millionen Mark falscher Banknoten zu je 50 000 Mark herstellten.

Arbeitersport.

Quartiere für Arbeitersportler.

Zu den leistungsfähigen Kämpfern der Arbeitersportler im Stadion werden für den 4. und 5. August Quartiere benötigt. Wir denken dabei an die Solidarität und gastfreundliche Aufnahme der Leipziger Arbeiterschaft zum 1. Deutschen Arbeiterturnfest im Juli vorigen Jahres, die es möglich machte, tausende und aber tausende unterzubringen. Wer einen oder mehrere Arbeitersportler (Sportlerinnen) für diese Zeit unterbringen kann, sende seine genaue Adresse mit Angabe, ob ein oder mehrere Sportler (Sportlerinnen) untergebracht werden, an die Geschäftsstelle des Turn- und Sportvereins „Fichte“, Berlin S.O. 16, Köpenicker Straße 108, unter der Aufschrift: Quartiere zu den Bundesmeisterschaften.

Sportfest „Fichte-Ges.“. Wie haben zu unserem 1. Sommerfest am 12. August 1925 in Marienpark folgende Sportarten: Fußball und Handballmannschaften zu Propagandastellen. Mitbestimmung gleichzeitig mit den leistungsfähigen Konkurrenzteams (siehe Ausschreibung) bis einschließlich 22. Juli an G. Kaufmann, Marienpark, Charlottenstraße 266. Später eingehende Meldungen werden unberücksichtigt. — Der Sportausschuss „Fichte-Ges.“ sucht zur Ausrichtung von Fußballturnieren gegen auf besten Weg. Angehörigen an Karl Ludwig, Diefenbachstraße 66.

Berliner Arbeiter-Schachklub. Zu einer lebensvollen Schachwanderung durch das Stadtbild werden noch einige Teilnehmer gesucht. Abfahrt: 4. August, Abends um 8 Uhr, Berlin, Gröbnerstr. 81. Arbeiter-Turner-Bund. Kreis I, Provinz Brandenburg. Hauptprobe zu den sportlichen Festlichkeiten beim Stadionfest am Donnerstag, den 26. Juli, abends 7 Uhr, auf dem Sportplatz Hippodrom im Tiergarten. Alle Kreis- und Berliner Vereine müssen vertreten sein. Alle Teilnehmer am Ruderturnfest treffen sich am Dienstag, den 24. Juli, in der Geschäftsstelle „Fichte“, Köpenicker Str. 108, Hof 1, abends 8 1/2 Uhr.

Kreis Schwimmer-Verband. Mittwoch, den 25. Juli, abends 7 1/2 Uhr, bei Bohne, Schloßstr. 43, Sitzung der Rettungswache. Vollständiges Aufheben der Rettungswache für das Freibad Jungfernheide und für das Bundesfest im Stadion am 4. und 5. August. Sonntag, den 22. Juli, Prüfung für neuwählende Mitglieder der Rettungswache im Freibad Jungfernheide.

Veranstaltung (Tanz) gegen Strauß. Nach sehr interessantem Kampfe konnte Strauß das Spiel mit 3:4 gewinnen. Halbzeit 2:2. — Am Sonntag, den 27. Juli, findet Strauß gegen Fichte-Club. Spielbeginn um 1 Uhr. Das Spiel findet auf dem Sportplatz Gieselerstraße 48 statt.

Der V. C. Reebit trägt am Mittwoch, den 25. Juli, nachmittags ab 5 1/2 Uhr, Fußballspiel gegen Sparta 1911 mit zwei Mannschaften aus. Daraus ist allen Freunden des Arbeitersports Gelegenheit gegeben, auf dem sportlichsten Platz, Berlin Rosenbusch Sportplatz Tiergarten, am Wohnort der Spieler, gegen, seine Spiele zu sehen, und wird die Arbeiterschaft durch den jungen vorwärtstreibenden Fußballklub durch schillernden Erfolg zu unterhalten.

V. C. Reebit. Am Mittwoch, 25. Juli, Fußballturnier im Stadion Tiergarten. V. C. Reebit erste und zweite Mannschaft gegen Sparta 1911 erste und zweite Mannschaft. Anfang 1/2 Uhr. Arbeitersportler, unterliegt diese Veranstaltung!

Beim Sportfest wurden gewonnen 1 Schüssel, wertvoller 1 großer Kinderwagen, 2 Kugeln resp. abgegeben bei Erik Schramm, Schulstr. 10, v. IV.

Deutscher Holzarbeiterverband: Verwaltungsstelle Berlin.

Büreau: Kungestr. 30.

Mittwoch, den 25. Juli 1925, abends 7 1/2 Uhr, in der

Wagon-Debarcadere, Prenzlauer Berg 1.

Verammlung der Vertrauensmänner u. Betriebsräte

aller d. Reichsmantelverträge unternehmenden Betriebe.

Die Mitglieder der Ortsverwaltung treffen sich im Neben-

raum um 6 Uhr.

Tagesordnung: Insaere Lohnbewegung.

Ohne Mitgliedsausweis und Funktionärkarte kein Zutritt!

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin S 54, Lindenstraße 83/85

Geschäftszeitraum, 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.

Telephon: Amt Norden 833 bis 834

und 6992 bis 6996.

Wachung! Silberarbeiter Wachung!

Gente, Mittwoch, den 25. Juli, abends

6 Uhr, im „Dresdener Garten“,

Dresdener Straße 45

Verammlung

aller in der Silberwareindustrie

Beschäftigten.

Tagesordnung: Bericht von den

Lohnverhandlungen.

Wachung! Rüstgewerbe Wachung!

Donnerstag, den 26. Juli, nach-

mittags 6 1/2 Uhr, bei Redding, Woll-

teichstraße 71

Verammlung

der Obleute u. Vertrauensmänner

20/30 Die Ortsverwaltung.

Berichtigung.

In der Todesanzeige des Genossen

Constantin Janiszewski muß

Berliner Juwelen-Verwertungs-Haus

Erne Masch

Handelsgerichtlich eingetr. Firma

Ankauf von Juwelen, Perlen, Smaragden,

Uhren, Gold- und Silberbruch

Lützow 2760 Potsdamer Str. 118

Wir kaufen auch kleine Posten ausgekämmte

Frauenhaare

einwandfreie Ware, und zahlen heute

M. 210 000 für das

kg

für graue ein Drittel

Haarverwertung A.-G., Belle-Alliance-Pl. 12!

Verkaufe

Verkauf macht Lust! „Leibhaus“ Brun-

nenstraße 5, Firma „Areal“ Abteil

großer Verkauf mannigfaltiger begehrter

Waren, Valisets, Schläpfer, Putzwaren,

Polen, Wiesen-Kusche, Putzwaren,

Wäsche, Sporttaschen, Koffer, Koffer,

Einzelstücke, Putzwaren, Koffer,

Einzelstücke, Putzwaren, Koffer,

Einzelstücke, Putzwaren, Koffer,

Einzelstücke, Putzwaren, Koffer,

Einzelstücke, Putzwaren, Koffer,

Einzelstücke, Putzwaren, Koffer,

Einzelstücke, Putzwaren, Koffer,

Einzelstücke, Putzwaren, Koffer,

Einzelstücke, Putzwaren, Koffer,

Einzelstücke, Putzwaren, Koffer,

Einzelstücke, Putzwaren, Koffer,

Einzelstücke, Putzwaren, Koffer,

Einzelstücke, Putzwaren, Koffer,

Einzelstücke, Putzwaren, Koffer,

Musikinstrumente

Violen preiswert, Klarinetten

erst. Brunnentstraße 28.

Grammophon, elegante Schrankappa-

rate, billige Gelegenheiten. Angers,

Charlottenstr. 74/75.

Kaufgesuche

500 000.— für Briemengüter, Fern-

gläser 68, sämtliche optischen Weite

Schleiferei, Schmelzer, Draht-

stränge 128, Moritzplatz 1099, 1197, 8

Violen, Flügel, Vertikalpianos, Weiden

Wäpfe Apparat, Wiedenhaus Decer,

Polackstraße 9, Kurfürst 9104.

Kohlrabiant, höchstschön, Dres-

denstraße 130, Moritzplatz 8300.

Schrankauf, Solimanstr. 9.

Wismarfenster 68, Feldpfer

Photographie, Mikroskop, Brillanten

kauf Wertzentrale Wollfallestr. 9.

Wismarfenster, Ringen, Ridel, Konin,

Kohlrabe, Schokolade, Waukerstr.

Rudolphe, Wollensbrennerstraße 2, Alexan-

der 1897, Fährder Extrapreise.

Wismarfenster, besonders Reich-

berg Photopapier, Kauf höchstschön

Frank, Silberstr. 56, Moritzpl. 141 68.

Klavier, gut erhaltenes, hoch Wert,

Reutzn, Sanderstr. 99, für Klavier-

nachweis zahlr. 200 000, Telephon:

Reutzn 4982, Gwerblitz.

Schleierant, Käpfern, Wismarfen-

straße 7, Humboldt 659.

Violen, Flügel, Kauf zu höchsten

Vermietungen

Möbliertes Zimmer, auch leer, sucht

höchstschön Reizlos, Bernauerstr. 18

Möbliertes Zimmer, sucht folgender jun-

ger Mann, Woll, Urbanstraße 178.

Arbeitsmarkt

Lüchtiger Lotarebattent

zum 1. Oktober gesucht. Auf dem

Gebiete der Kommunalpolitik erfahrene

Parteiorganisator wollen Bewerbungen

bis zum 3. August einreichen an den

Verlag Volksblatt für Spandan

und das Savantia

Spandan, Potsdamer Straße 48

Lüchtige Motoren-

und Chassischlosser

sofort gesucht. Gef. Angebote unter

V. 62 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Vorwärts-Austrägerinnen

werden sofort eingeseht

Berlin, Wilmersdorfstr. 42

Postfach 7

Greifenhagener Str. 22

Immanuelstr. 24

Lautziger Platz 14/15

Peterburger Platz 4

Wollstr. 9

Wilmersdorfener Str. 48

Charlottenburg, Seidenstr. 28/1

Neudöln, Redarstr. 2

Sienriedstr. 28/29

Charlottenburg, Provinzialstr. 56

Schöneberg, Wollstr. 27

Tempelhofer, Kaiser-Wilhelm-Str. 18

Mietgesuche

Möbliertes Zimmer, auch leer, sucht

höchstschön Reizlos, Bernauerstr. 18

Möbliertes Zimmer, sucht folgender jun-

ger Mann, Woll, Urbanstraße 178.

Arbeitsmarkt

Lüchtiger Lotarebattent

zum 1. Oktober gesucht. Auf dem

Gebiete der Kommunalpolitik erfahrene

Parteiorganisator wollen Bewerbungen

bis zum 3. August einreichen an den

Verlag Volksblatt für Spandan

und das Savantia

Spandan, Potsdamer Straße 48

Lüchtige Motoren-

und Chassischlosser

sofort gesucht. Gef. Angebote unter

V. 62 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Vorwärts-Austrägerinnen

werden sofort eingeseht

Berlin, Wilmersdorfstr. 42

Postfach 7

Greifenhagener Str. 22

Immanuelstr. 24

Lautziger Platz 14/15

Peterburger Platz 4

Wollstr. 9

Wilmersdorfener Str. 48

Charlottenburg, Seidenstr. 28/1

Neudöln, Redarstr. 2

Sienriedstr. 28/29

Charlottenburg, Provinzialstr. 56

Schöneberg, Wollstr. 27

Tempelhofer, Kaiser-Wilhelm-Str. 18

Alte Gebisse

pro Zahn 35 000 bis 600 000 Mark.